

# openmind #oml0

Das radikale Recht des Anderen

Stadt, Land, Datenschutz

Welche Arbeit darf's denn sein?

Individualismus, Kollektivismus und Netzkultur

Freiheit

Sollten Bildungsvisionäre vielleicht zum Arzt gehen?

Über die Freiheit, unfrei sein zu dürfen

Prediction Markets

Vernetzte Bildung braucht Freiheit

Ein paar Punkte zur Post-Privacy

Ideologie und Emanzipation

openmind

#om10





# Vorwort

Philosophieren, diskutieren, träumen, herumspinnen, streiten und Großes denken – darum ging es im letzten Jahr bei der Konferenz openmind. Das Erfassen der digitalen Revolution, wie sie uns in ihrer Erbarmungslosigkeit um die Ohren schlägt und vertraute Konzepte in Frage stellt, war das bescheidene Ziel der illustren Zusammenkunft. Es wurde getrunken, gelacht, geschimpft und getanzt: ein Konglomerat aus den Bewohnern des Internet, technischer, philosophischer oder tatkräftiger Natur, suchte die großen Fragen der digitalen Hemisphäre einzufangen: Was ist öffentlich, was privat? Kann es Privatsphäre geben? Wie soll Arbeit und soziale Sicherung aussehen? Kann es geistiges Eigentum geben? Wie geht es mit dem Datenschutz weiter? Welche Rolle spielt Transparenz? Doch auch grundsätzliche Fragen nach den Grundkonstanten des Menschen, der Organisation von Gesellschaften und nach der Freiheit wurden gestellt. Und auch wenn man sich im Endeffekt immer einig wird, dass nur Bildung die Misere beheben kann, bereicherte es, dass ausgewiesene Bildungsexperten dies noch einmal darstellten und auf die Chancen der Bildung mit Hilfe der Technologie hinwiesen.

Dieser kleine Band versammelt nun die schriftlichen Ausführungen einiger Teilnehmer und Referenten, hat wissenschaftlichen Charakter eben-

so wie kommentatorischen und visionären. Die Texte provozieren, bündeln, erklären und sind in ihrem zum Teil hohen Detaillierungsgrad ebenso bereichernd, wie in der radikalen Kurzfassung revolutionärer Gedanken.

Und diese revolutionären Gedanken brauchen wir mehr denn je, denn nach wie vor stehen wir am Scheideweg – wird uns die digitale Revolution überrennen und auffressen oder werden wir die Errungenschaften dieses Zeitalters nutzen? Werden wir uns von altherrgebrachten Modellen emanzipieren oder versuchen wir, analoge Lebens-, Rollen- und Geschäftsmodelle so lange weiter aufrecht zu erhalten, bis uns die elektronische Avantgarde überholt hat und sich eine neue Elite bildet?

Wir haben jetzt noch die Chance unsere Zukunft zu gestalten - in ein paar Jahren wird die Eigendynamik uns die Regeln aufzwingen. Und vor allem ist es unsere Aufgabe die Freiheit des Netzes zu schützen – und zwar bedingungslos! Eine freie Gesellschaft muss sich am Grad der Freiheit ihres Netzes messen lassen. Die openmind hat gezeigt, dass wir die Ideen und die Köpfe dazu haben. Dass wir, die Freunde und Verteidiger des freien Internet, den Kampf aufnehmen müssen und werden.

Der vorliegende Band legt Zeugnis über diesen Willen ab.

Zu danken gilt den Teilnehmern, den Organisatoren, dem Streamer und den Referenten, die den Stein für eine Kathedrale der Wissenskommission gelegt haben. Danke! Die Videoaufzeichnungen finden sich alle auf <http://10.openmind-konferenz.de> und werden, so denn uns nicht die Festplatten absterben, dort erreichbar bleiben.

*Julia Schramm und Stephan Urbach*

[info@openmindkonferenz.de](mailto:info@openmindkonferenz.de)

# Inhaltsverzeichnis

1	Vernetzte Bildung braucht Freiheit – eine fordernde Meinung	7
2	Freiheit	17
3	Ein paar Punkte zur Post-Privacy	29
4	Individualismus, Kollektivismus und Netzkultur	45
5	Welche Arbeit darf's denn sein?	51
6	Prediction Markets – Vorhersagemärkte für die Politik	61
7	Ideologie und Emanzipation	73
8	Stadt, Land, Datenschutz	83
9	Das radikale Recht des Anderen	91
10	Sollten Bildungsvisionäre vielleicht zum Arzt gehen?	103
11	Über die Freiheit, unfrei sein zu dürfen	113



# 1 Vernetzte Bildung braucht Freiheit – eine fordernde Meinung

*Jürgen Ertelt*

Dieser Artikel ist ein Upgrade zu meinem Vortrag auf der <http://www.om2010.de>. Das Referat gibt es dort als Video-Download, die dazugehörige Mindmap plus Screens auf <http://www.eduvisionen.de>. Mein Anliegen und meine Hoffnung ist eine neue Positionierung der Medienpädagogik als Teil von Bildung im Verständnis von gesellschaftlicher Teilhabe.

## Der Schwarm

Das im Duden aufgenommene Web 2.0 ist Mainstream. Soziale Netzwerke wie SchuelerVZ oder facebook sind der Treffpunkt der Kommunikation für digital natives, digital residents, digital visitors und auch digital naive. Das Internet entwickelt sich zum Leitmedium, dessen Verzicht unvorstellbar wird, sagen diverse Studien. Aber, eigentlich ist es kein Medium



sondern eine elektrifizierende Durchdringung der Gesellschaft auf deren Struktur verschiedene mediale Dienste aufsetzen, die unterschiedliche Bedarfe bedienen. Es wird in verschiedenen Publikationen beklagt, dass das Web kaum aktiv beteiligend genutzt wird. Man leitet diese vorgebliche Erkenntnis u. a. von nicht selbst erstellten Wikipedia-Einträgen oder von einer beobachteten Generation *no blog* ab. Vernachlässigt und verkannt wird das mobilisierende Potenzial der Schwarm-Kommunikation wie es in den social networks und beim Informationsdienst twitter.com auftritt und in der Summe als aktive Teilnahme am gesellschaftlichen Diskurs gewertet werden muss. Der einzelne im Schwarm findet über die Verzweigung der Netzwerke Meinungen, Links und Gleichgesinnte zu Themen, die ihn betreffen oder betroffen machen. Es ist so leicht möglich sich zu solidarisieren und zu organisieren. Das zeichnete sich bereits 2009 bei der *Zensursula*-Auseinandersetzung um sogenannte Netzsperrern ab und bestätigte sich deutlich an den studentischen Streiks in Wien und anderswo bei *Uni brennt*. Die *Zensursula*-Offensive im Netz führte zum operativen Aussetzen des Zugangerschwernisgesetzes, *unibrennt.at* erhielt in 2010 einen Prix Ars Electronica für seine Community-Arbeit.

## Selfempowerment ohne zu fragen

Die interagierenden Dienste im Internet können heute zum Ventil verpasster Beteiligung und vernachlässigter Transparenz werden. In der aktuellen Auseinandersetzung um den neuen Bahnhof *Stuttgart 21* im Herbst 2010 stellen Bürger initiativ eine dokumentierende Öffentlichkeit her, die nicht mehr als *Gegenöffentlichkeit* relativiert werden

kann. Nicht Fernsehen und Tageszeitungen bestimmen die Agenda sondern Netz basierte mobile Dienste wie Web-TV-Livestreams und ein Twitter-Gewitter um den Suchbegriff #S21 laufen der Berichterstattung und deren Diskussion voran. Der Widerstand organisiert in verschiedenen Blogs, die zur Demonstration aufrufenden Initiativen und bringt über einhunderttausend Menschen auf die Straße. Es sind *Normalos* die protestieren und kein angereicherter *schwarzer Block*, die aufgestandenen Menschen sind Schwaben und nicht Berliner. Wer hätte gedacht, dass eine Revolution ausgerechnet in Stuttgart beginnt? Das Netz funktioniert unabhängig von Ort und Zeit. Dieser Allgemeinplatz wird jetzt tragend.

Bei *Stuttgart 21* geht es nicht mehr um das Versenken eines Kopfbahnhofs. Hier wird die Undurchsichtigkeit politisch-wirtschaftlicher Interessen, die die artikulierten Bedürfnisse der Bevölkerung missachten, angeklagt. Menschen fordern eine ernst gemeinte Beteiligung an Entscheidungen jenseits der repräsentativen Demokratie ein. Das bestätigen Befragungen des Verbandes Bitkom mit Datum vom März 2010, die einen achtzig prozentigen Wunsch der Online-Beteiligung an kommunalen Entscheidungen ausmachen<sup>1</sup>. Die Tagesschau attestiert in ihrer Erhebung zum Deutschlandtrend vom Oktober 2010 mit über neunzig Prozent Zustimmung der Politik mehr notwendige Volksnähe und unterstreicht mit gleich hohen Zahlen die Wichtigkeit öffentlicher Darlegung von Meinungen.<sup>2</sup>

---

<sup>1</sup> [http://www.bitkom.org/files/documents/BITKOM-Praesentation\\_Connected\\_Worlds\\_01\\_03\\_2010.pdf](http://www.bitkom.org/files/documents/BITKOM-Praesentation_Connected_Worlds_01_03_2010.pdf)

<sup>2</sup> <http://www.tagesschau.de/inland/deutschlandtrend/deutschlandtrend1158.html>

## Manifeste und Dialoge

Mittlerweile wurde vom Bundestag die Enquete-Kommission *Internet und digitale Gesellschaft* einberufen, die mit Parteivertretern und Sachverständigen besetzt ist. Auch eine Beteiligung von Außenstehenden via Internet-Forum ist vorgesehen und erwünscht. Hier soll der sogenannte 18. Sachverständige seine Standpunkte einbringen. Themen sind dort vorerst Netzneutralität, Urheberrecht, Datenschutz, Persönlichkeitsrechte und nunmehr auch Medienkompetenz. Die Enquete-Kommission hat sich in Arbeitsgruppen organisiert und versucht, in hohem Maß öffentlich zu agieren. Parallel hierzu gibt es weitere Arbeitskreise und Konsultationen mit der sogenannten *Netzcommunity*. Besonders das Innenministerium bemühte sich weniger beratungsresistent zu sein und sammelte über einen *Runden Tisch* hinaus auch über eine Webseite gefilterte Positionen ein. In der Folge wurde sichtbar, dass reale Politik und Arbeitskreise nicht kongruent sind. Die Bezeichnung *Kaffeekränzchen* für die Versammlungstermine kritisierte diesen absehbaren Umstand. Ein in der Folge erstelltes Internet-Manifest des Innenministeriums wurde mit Manifesten des Chaos Computer Clubs, der Piratenpartei und einigen privaten Geboten beantwortet.<sup>3</sup> Ein nachhaltige gemeinsame Kommunikationsebene konnte leider nicht gefunden werden. Erwartet werden valide Informationen und ernst gemeinte Beteiligungswege in der verbindlichen Ausarbeitung von Entscheidungsvorlagen. Zumindest vom Vorsatz her möchte das Bundesjugendministerium in einen *Dialog Internet* treten, der diesen Ansprüchen gerecht wird. So soll neben den eröffnenden Fachrunden eine gleichgewichtige Internet-Plattform, die verschiedene Quellen der

---

<sup>3</sup> <http://www.loadblog.de/ebooks/top-10-internet-manifeste-thesenpapiere-vom-ccc-bis-zur-eff/>

Diskussion in einem öffentlichen Online-Nachrichtenraum abbildet, eine Transparenz des Prozesses gewährleisten und dadurch Beteiligung motivieren und vervielfältigen. Ein guter Weg um Partizipation als politisches Prinzip zu installieren.

Wirkung hat die Ansage „Ihr werdet euch noch wünschen wir wären politikverdrossen.“<sup>4</sup> des Twitter-Nutzers 343max. Alle im Bundestag vertretenen Parteien beeilen sich heute Profil in Sachen *Netpolitik* zu gewinnen – auch um die Piratenpartei klein zu halten.

## Medienwandel und Deutungshoheit

Der Prozess der (politischen) Meinungsbildung wurde bisher durch Zeitungen, Radio und Fernsehen in Gang gesetzt. Das hat sich geändert. Dienste im Internet aggregieren Nachrichten und Meinungen und Nutzer produzieren selber Standpunkte, die eine rasche Verbreitung finden. Der Medienwandel wurde spät erkannt und wird leider bis heute noch nicht mit veränderten Leistungen, sondern mit der Verteidigung alter Geschäftsmodelle beantwortet. So wird das Urheberrecht zum Schwert der Verleger um Terrain zu halten, das bereits vom Adressaten verlassen wird. Mit eingeforderten Leistungsschutzrechten und Geheimverhandlungen rund um ACTA ziehen die alten Medien in den Kampf gegen ein Netzwerk von Mühlen, die den Planeten mit einem medienkonvergenten Informationsstrom in Echtzeit versorgen.<sup>5</sup> Verwechelt wird beim Versuch das Rad der Geschichte zurückzudrehen das Medium mit der Arbeit des

---

<sup>4</sup> <http://twitter.com/#!/343max/status/2228357957>

<sup>5</sup> [http://de.wikipedia.org/wiki/Anti-Counterfeiting\\_Trade\\_Agreement](http://de.wikipedia.org/wiki/Anti-Counterfeiting_Trade_Agreement)

## 1 Vernetzte Bildung braucht Freiheit – eine fordernde Meinung

Journalisten. Die Chance, eine notwendige Instanz des Recherchieren, Zusammenfassen und Bewerten zu erneuern, wird nicht ergriffen. Journalismus im Wandel heißt heute gemeinsam mit bisherigen Empfängern interagierend Inhalte zu kommunizieren und Instrumente der Meinungsbildung und -aussendung bereitzustellen. Der Begriff des Datenjournalismus (data driven journalism) zeichnet sich ab. Gemeint ist das Bereitstellen des Recherchematerials und der Quellen im Kontext einer eigenen journalistischen Interpretation. *Wikileaks* hat diesen Fluss der Informationen mit der Veröffentlichung von *geheimen* Daten angestoßen, *Google Trends* zeigt den Wert der Inhaltsbezeichnungen an. Die Deutung von Bedeutsamen muss sich der Zustimmung des Prosumenten versichern um Relevanz zu erfahren.

## Kontrollverlust versus Kontrollgewinn

Immer wieder werden Ängste in Sachen Internet geschürt. Besonders publik wurde der im Buch *payback* von Frank Schirrmacher dramatisierte fremdbestimmte *information overflow*, der in seinem Multitasking Körperverletzung sei. Eigentlicher Hintergrund dieser Projektion von Ängsten ist der befürchtete Kontrollverlust bei Nutzung des Netzes und seiner Angebote. Tatsächlich gibt es Konflikte in Daten- und Verbraucherschutz-Fragen und natürlich müssen wir Privatheit neu diskutieren. Kontakte im Netz verlangen Offenheit für Diskussionsanlässe – wer keine persönlichen Angaben und Beiträge eingibt, wird nicht beachtet. Neue Dienste für neue Mobiltelefone setzen auf Ort bezogene Angaben. Informationen und Netzwerke werden im Kontext eines Bewegungsprofils angeboten,

der mobile Nutzer kann seine Erreichbarkeit permanent auf einer Karte dokumentieren. Furcht vor Kontrollverlust ist hier eher eine Frage der missbräuchlichen Nutzung der Daten durch Dritte und der notwendig zu stärkenden Kompetenz der Nutzer, Intimes vom Privaten in Abgrenzung zu persönlichen Informationen zu trennen.

Das Digitale kommt unaufhaltsam ins Analoge. Wenn wir nicht zu Google gehen, kommt Google zu uns. Die zum Teil hysterisch geführte Debatte um den Dienst *google street view* macht deutlich, dass eine Verweigerung gegenüber den digitalen Angebote nicht mehr möglich ist. Landkarten, Panoramafotografien und Bildbände werden ergänzt von digitalisierten Straßenansichten, die auch Fassaden perspektivisch anzeigen. Mehr ist es nicht, aber auch nicht weniger um den befürchteten Verlust der Kontrolle über den Blick auf den eigenen Vorgarten zu beklagen. Dabei war diese Kontrolle noch nie gegeben und andererseits wird im *street view* anderer Städte gerne die neue Möglichkeit als Kontrollgewinn zur Überprüfung der Richtigkeit der Angaben zum gebuchten Urlaubshotel geschätzt.

Es gibt einen gravierenden qualitativen Unterschied zwischen der Aufbereitung und Nutzung öffentlicher Daten auf der einen Seite und der Erfassung und Speicherung personenbezogener Verbindungsdaten der Kommunikation auf der anderen. Obwohl das Bundesverfassungsgericht die ersten Begehrlichkeiten der *Vorratsdatenspeicherung* ausgebremst hat, droht hier tatsächlicher Kontrollverlust des Einzelnen durch staatlich verordnetes Datensammeln, das auch durch eine verniedlichende Umbenennung zur *Mindestaufzeichnungszeit* an Erniedrigung nicht verliert.

## 1 *Vernetzte Bildung braucht Freiheit – eine fordernde Meinung*

Die Diskussionen um Einschränkungen von Freiheiten durch auf das Internet ausgerichtete verschärfte Kontrollmaßnahmen bildet sich ebenso in Bewertungen des Jugend-medien-schutz-Staatsvertrages (JMStV) ab. Konnte in der Vergangenheit diese Länder-Vereinbarung ohne weitere Kenntnisnahme der Öffentlichkeit passieren, ist sie heute durch die Aufnahme von Netz-Angeboten in die Medien-Regulierung ein Politikum. Die aus dem Verlust der Kontrolle über eine fälschlicherweise als einzelnes Medium verstandenes Internet resultiert. Neben Sendezeiten für Webseiten werden Markierungen für Filter bei zu vermutender Entwicklungsbeeinträchtigung faktisch verpflichtend. Zurecht werden in der Debatte diese Maßnahmen in die Nähe von Zensur-Infrastrukturen gebracht. Jugendschutz wird so zum gemeinsamen Thema für Freiheitsschützer und Medienpädagogen.

Klassische Medien in der Allianz mit selbsternannten Hütern der Moral fordern populistisch mehr Kontrolle und schärfere Gesetze. Dabei entwickelt sich ihr Engagement nah an einen Feldzug der Inquisition zum *Tatort Internet*. Sexueller Missbrauch wird instrumentalisiert für das Einfordern von Freiheitsbeschneidungen im Internet zur Sicherung der Machtansprüche politischer Seilschaften. Statt auf Kompetenzen der betroffenen Nutzer zum Kontrollgewinn über bedrohliche Situationen wird vorsätzlich auf Placebos gesetzt, die erneut in Form von anzuzeigenden Stopp-Schildern daher kommen.

Die ethische Diskussion in diesem Zusammenhang muss ernst genomener Gegenstand der Medienkritik sein und darf nicht der Bild-Zeitung überlassen werden.

Führerscheine erleben als kontrollierbares Zertifikat der Vermittlung von Medienkompetenz derzeit eine Renaissance. Besonders mit Blick auf die Zentralisierung von Maßnahmen in Ablösung von pädagogischen Modellen ist ein Kompetenz-*Netzpferdchen* – in Anlehnung an Schwimmausweise – statt gewonnene Kontrolle eher ein Zeichen von Realitätsverlust der Kontroll-Verunsicherten. Wer kompetent im Netz agieren soll, braucht Unterstützung die zur selbstbestimmten Aushandlung von Lebensentwürfen verhilft. Damit wird eine Kontrolle durch den Nutzer zur Wahrung demokratischer Netze gewonnen.

## **Erneuerung der Gesellschaft in und für mehr selbstbestimmte Freiheit durch Medien und Bildung**

Dieser lange Zwischentitel summiert die Ziele einer Medienpädagogik im Zeitalter des Internets und ist gleichzeitig die Überschrift für ein Pflichtenheft, das Brechts Radiotheorie mit Baackes Medienkompetenz verknüpft. Es geht um die Befähigung zum selbstbestimmten Handeln in und mit Medien und Internet-Diensten. Das bedeutet wesentlich mehr als ein persönliches Management der Netz-Reputation. Es greift in Institutionen und deren Hierarchien: Social Media wird zum Prozessor von gesellschaftlicher Entwicklung.

Die Medienpädagogik darf nicht zum Reparaturbetrieb des Jugendschutzes degradiert werden, vielmehr muss die zu stärkende Medienkompetenz auf eine digitale (Jugend-)Bildung erweitert werden. Eine hand-



## 1 Vernetzte Bildung braucht Freiheit – eine fordernde Meinung

lungorientierte Medien-Politik sollte Teil des Medienkompetenz-Begriffs werden und Partizipation zum Prinzip erklären. Politische Teilhabe kommt nicht von alleine, das Mitmischen muss man lernen und muss dazu motiviert werden. Hinzu kommen Informationen, die allen verfügbar sein müssen: Offene Daten (open data) und eine transparente gestaltbare Verwaltung (open government) sind eine Grundlage für ernst gemeinte Beteiligung. Die Chancen der vernetzenden Online-Dienste gilt es zu nutzen, überall und *location based*, kommunal an Ort und Stelle. Eine *liquid democracy*<sup>6</sup>, eine flüssige, interaktive, direkte Demokratie brauchen wir als Partizipations-Applikation für jeden Internetzugang.

Zwei Forderungen sind abschließend für die Medienpädagogik zu stellen, um die neuen Potenziale zu realisieren und zu begleiten:

- Das Internet muss frei und unkontrolliert bleiben für Innovationen und den Erhalt demokratischer Werte.
- Medienpädagogik muss politischer werden, um Zugang und Teilhabe zu sichern.

---

<sup>6</sup> <http://liquidfeedback.org> und <http://liqd.net>

## 2 Freiheit

*Martin Haase*

Der folgende Text ist eine Kurzfassung meines Vortrags auf der Open-Mind 2010 in Kassel<sup>1</sup> und enthält ein paar grundlegende Überlegungen zum Thema Freiheit, das für das Grundsatzprogramm der Piratenpartei von großer Bedeutung ist. Einige der Überlegungen (besonders die Hinweise auf Arndt und Kirchhof) verdanke ich den Gesprächen mit meinem Kollegen Axel Bernd Kunze<sup>2</sup>, der mich mit einer Vielzahl von Anregungen versorgt hat.

### Das politische Konzept der Freiheit

Politische Forderungen nach Freiheit wurden schon im Mittelalter gegenüber Herrschern durchgesetzt, um deren Willkür einzugrenzen. So war es üblich, dass Könige oder Bischöfe mit dem sie unterstützenden Personenkreis einen Vertrag („Kapitulation“) schlossen, in dem sie ihnen gewisse Rechte zusicherten. Eines der ersten Dokumente dieser Art, das nicht nur

---

<sup>1</sup> <http://10.openmind-konferenz.de/> (zuletzt abgerufen am 02.05.2011)

<sup>2</sup> <http://www.axel-bernd-kunze.de/> (zuletzt abgerufen am 02.05.2011)

## 2 Freiheit

bis heute erhalten ist, sondern auch noch Rechtsgültigkeit im angelsächsischen Raum genießt, ist die in lateinischer Sprache verfasste Magna Carta Libertatum („Großer Brief der Freiheiten“) König Johanns Ohne-land von 1215. In einer frühen englischen Übersetzung dieses Textes heißt es:<sup>3</sup>

„No Freeman shall be taken, or imprisoned, or be disseised of his Freehold, or Liberties, or free Customs, or be outlawed, or exiled, or any otherwise destroyed; nor will we pass upon him, nor condemn him, but by lawful Judgment of his Peers, or by the Law of the Land.“

Dieses Freiheitsrecht bekommt später die Bezeichnung: *Habeas corpus* (lateinisch: ‚du sollst den Körper haben‘) aufgrund der lateinischen Formulierung eines Haftbefehls. Hier geht es natürlich nur um Rechte für Adelige. Dass es sich bei diesem Recht um ein Menschenrecht mit universeller Gültigkeit handelt, ist ein Gedanke der Aufklärung und somit dann auch der Revolutionen des 18. und 19. Jahrhunderts. So lautet das Motto der französischen Republik: „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“.

Unter Brüderlichkeit wird heute gern Solidarität verstanden, was aber nicht ganz zutrifft, denn Solidarität beruht ja auf einer grundsätzlichen Sympathie mit denjenigen, mit denen man solidarisch ist. In der französischen Revolution sollte damit ausgedrückt werden, dass alle Franzosen, die oft wenig gemeinsam hatten (nicht einmal dieselbe Sprache), dennoch zusammengehören und in diesem Sinne „brüderlich“ sind. Das lässt sich heute vielleicht am Besten durch das Wort „Vielfalt“ ausdrücken,

---

<sup>3</sup> <http://www.internat-recht.uni-kiel.de/de/lehre/vorlesungen/archiv/ws-2007-08/zimmermann/allgstl/staatslehre21.pdf> (zuletzt abgerufen am 02.05.2011)

weshalb eine moderne Form dieser Formel "Freiheit, Gleichheit, Vielfalt lauten könnte.

Der Freiheitsgedanke der französischen Revolution erreichte schließlich auch Deutschland und wurde insbesondere in den Befreiungskriegen (gegen die Franzosen) hochgehalten. So erklärte der Franzosenhasser Arndt den (letztlich aus Frankreich stammenden) Freiheitsgedanken zum wichtigsten deutschen Wert:

„4. Das dritte, deutscher Männer Weide,  
am hellsten soll's geklungen sein!  
Die Freiheit heißet deutsche Freude,  
die Freiheit führt den deutschen Reih'n;  
für sie zu leben und zu sterben,  
das stammt durch jede deutsche Brust;  
für sie um großen Tod zu werben,  
ist deutsche Ehre, deutsche Lust.“  
(Ernst-Moritz Arndt, 1815)<sup>4</sup>

Der Text zeigt sehr schön, welche Bedeutung Freiheit im 19. Jahrhundert hatte. Das Konzept des modernen Verfassungsstaates, der infolge aufklärerischer Ideen in Europa im 19. Jahrhundert entstand, kann als Ergebnis des Strebens nach Freiheit gesehen werden bzw. definiert sich auch aus diesem Streben heraus. Verfassungen garantieren nämlich (in Fortsetzung der Idee der Magna Carta) die bürgerliche Freiheit.

---

<sup>4</sup> [http://de.wikisource.org/wiki/Datei:De\\_Schauenburg\\_Allgemeines\\_Deutsches\\_Kommersbuch\\_048.jpg](http://de.wikisource.org/wiki/Datei:De_Schauenburg_Allgemeines_Deutsches_Kommersbuch_048.jpg) (zuletzt abgerufen am 02.05.2011)

## Freiheit im modernen Verfassungsstaats

Im modernen Verfassungsstaat kann der Begriff der Freiheit unter drei Aspekten betrachtet werden:

1. Freiheit vom Staat (negative Freiheit)
2. Freiheit für den Staat (positive Freiheit)
3. Freiheit durch den Staat

### Freiheit vom Staat

Der Staat könnte die Sicherheit seiner Bürger am besten gewährleisten, wenn er durch ein System der Totalüberwachung die Freiheit der Bürger stark einschränkte. So ein Staat ist aber nicht wünschenswert. Daher ist ein Abwehrrecht des Bürgers gegenüber dem Staat nötig; in diesem Zusammenhang ist oft von *negativen* Freiheitsrechten die Rede, weil hier festgelegt wird, was den Staatsorganen nicht erlaubt ist: So darf der Staat weder Menschen ohne Grund und ohne Gerichtsverfahren einsperren, noch Zensur ausüben, noch in die informationelle Selbstbestimmung der Menschen eingreifen usw.

Die Freiheitsrechte binden alle Gewalten eines Rechtsstaats: Im Fall der Exekutive und der Rechtsprechung ist das unmittelbar einleuchtend, wichtiger (und gleichzeitig schwieriger) ist die Bindung der Legislative, denn Gesetze dürfen nicht gegen Freiheitsrechte verstoßen, obwohl Gesetze auf Freiheitseinschränkungen abzielen können, sofern diese an enge und klar beschriebene Umstände gebunden sind.

Die von der Verfassung garantierten Freiheiten müssen natürlich für alle Individuen gleichermaßen gelten und alle Menschen müssen vor dem Gesetz gleich sein. Das ist der Unterschied zur Magna Carta, wo die verbrieften Rechte nur ein Adelsprivileg waren, und Adelige vom Staat bzw. König anders behandelt wurden als andere Menschen. Freiheitsprivilegien für Leistungsträger, Reiche oder Angehörige einer bestimmten Religion sind in diesem Sinne ebenfalls abzulehnen und ein Rückschritt in voraufklärerische Vorstellungen.

Sicherheit ist kein Grundrecht, sondern ihre Gewährleistung ist Aufgabe des Staates. Der Erfüllung dieser Aufgabe sind durch die Freiheitsrechte Grenzen gesetzt. Natürlich ist hier immer eine Abwägung impliziert: Der Staat muss möglichst viel Sicherheit gewährleisten bei möglichst geringer Einschränkung der Freiheit der Einzelnen. Wie schwierig das ist, zeigt sich besonders, wenn man unter Sicherheit auch soziale Sicherheit versteht.

Die negative Freiheit *vom* Staat ist übrigens ein Individualrecht, kann also nur von Individuen in Anspruch genommen werden. So darf der Staat die informationelle Selbstbestimmung des Einzelnen nicht einschränken, wohl aber die von z. B. Unternehmen mit anderen Worten: Firmen haben genauso wenig Privatsphäre wie der Staat selbst.

## **Freiheit für den Staat**

Ein anderer Aspekt der Freiheit besteht im modernen Verfassungsstaat darin, dass alle Menschen in und an ihm mitwirken können. Dieses positive Freiheitsrecht wird auch als republikanische Freiheit bezeichnet. Es umfasst die Teilhabe an der politischen Willensbildung, die Mitwirkung

## 2 Freiheit

im demokratischen Staat, die Mitverantwortung in der Gesellschaft und die Mitbestimmung in Vergemeinschaftungen jeder Art (Vereine, Gesellschaften, Betriebe usw.).

Auf der republikanischen Freiheit beruht das Prinzip, dass die Leitung öffentlicher Einrichtungen demokratisch legitimiert sein muss (daher die Bezeichnung *republikanisch* von *res publica*, also ‚öffentliche Angelegenheit‘) und dass in der Drittwirkung Vereine und Gesellschaften demokratisch organisiert sind.

Oft spielen positive und negative Freiheitsrechte zusammen: So beruht zum Beispiel die Lebenspartnerschaft oder Lebensgemeinschaft auf dem Recht auf freie Assoziation (negatives Freiheitsrecht), aber eben auch auf dem positiven Freiheitsrecht der Mitverantwortung in der Gesellschaft.

### **Freiheit durch den Staat**

Der Staat ist der Garant individueller Freiheit (nur in dieser Hinsicht ist überhaupt eine Vergleichbarkeit mit der Forderung nach Sicherheit gegeben). Die Realisierung positiver und negativer Freiheitsrechte ist an gewisse Grundbedürfnisse gebunden, die erfüllt sein müssen, damit diese Rechte überhaupt wahrgenommen werden können: Hierzu gehört vor allem die Bildung, denn ungebildete Menschen können ihre Rechte nicht erkennen und nur schlecht von ihnen Gebrauch machen.

Natürlich soll der Staat die Bildung nicht selbst verabreichen, sondern nur sicherstellen, dass sich Menschen umfassend bilden können. Den Zu-

gang zu Bildung zu verhindern oder zu erschweren, verstößt somit gegen die Prinzipien des demokratischen Staats.

Ein wichtiger Aspekt der Freiheit durch den Staat ist die Freiheit von Not, denn ohne eine materielle Absicherung ist es praktisch unmöglich, Freiheitsrechte in Anspruch zu nehmen. Daher kam schon in der französischen Revolution die Parole auf: „Le pain est le droit de l’homme.“ („Brot ist Menschenrecht.‘). Da in der heutigen Gesellschaft die Freiheit von Not nicht durch die Verteilung von Lebensmitteln gesichert wird, sondern durch ein persönliches Einkommen, muss der Staat ein Einkommen garantieren. Dies tut er in Deutschland ja auch – allerdings zur Zeit auf eine Weise, die unverhältnismäßig andere Freiheiten einschränkt. Hier ist also eine Reform nötig: Es muss ein Recht auf sichere Existenz und gesellschaftliche Teilhabe durchgesetzt werden, das ohne die Einschränkung von anderen Freiheitsrechten auskommt.

## Freie Entfaltung des Individuums und Chancengleichheit

Mit Blick auf das Zusammenspiels von Freiheit und Gleichheit weist der Rechtswissenschaftler Paul Kirchhof 2009 in seinem Buch *Das Maß der Gerechtigkeit* auf folgenden wichtigen Aspekt hin:<sup>5</sup> „Die Forderung nach gleichen Lebensbedingungen für alle Menschen führt zur Diktatur. Die Menschen mit immer wieder neuen – anderen – Ideen und freiem Verhalten werden zu Feinden der Gleichheit (und) deshalb bekämpft (...)

---

<sup>5</sup> Paul Kirchhof (2009): *Das Maß der Gerechtigkeit*, München (Droemer/Knauer), Seite 135–136



## 2 Freiheit

Das für jeden gleiche ‚Glück‘ verkündet zunächst – zu Recht – die Strafgleichheit, die gleiche Vertragsfreiheit, die Steuergleichheit. Doch wird dann nicht der gleiche Zugang zu öffentlichen Ämtern, sondern ein Verbot der Differenzierung nach Eignung, Befähigung und Leistung erzwungen, (...), werden (...) die Erfolgreichen und Andersdenkenden verhaftet.“ Hier zeigt sich, dass Gleichheit nicht gleichmacherisch wirken darf, weil damit die Freiheit beschränkt und eine plurale Gesellschaft verhindert wird.

In einem Blogbeitrag<sup>6</sup> und einem Animationsfilm<sup>7</sup> hat der Spielentwickler Marcel-André Casasola Merkle (auch bekannt als ‚zeitweise‘) sehr schön dargestellt, worum es bei dem Verhältnis von Freiheit und Gleichheit eigentlich geht: Jeder Mensch muss ein Maximum an Freiheit genießen können, aber es muss eben auch gewährleistet sein, dass jeder die Chance hat, am ‚Spiel der Freiheit‘ teilzuhaben. In diesem Sinne ist Chancengleichheit zu verstehen. Das Konzept leitet Casasola Merkle aus der Spiele-Entwicklung ab: Ein Spiel ist für einen Mitspieler uninteressant, wenn er von vornherein nicht die gleiche Chance hat wie andere Mitspieler, sich in das Spiel in der von ihm gewünschten Rolle einzubringen. Das Gleiche gilt für Staat und Gesellschaft: Wer dort keine Chance für sich sieht, wird zum Außenseiter.

Genauso wie ein Spiel dadurch interessanter wird, dass es viele Möglichkeiten offen lässt und auf Tabus und Verbote verzichtet (über die sich die Spieler womöglich schnell hinwegsetzen würden), ist es in der Demokratie wichtig, dass der Einzelne die Möglichkeit hat, selbstbestimmt zu leben und von einem Maximum an Freiheit Gebrauch zu machen. Da-

---

<sup>6</sup> <http://www.137b.org/?p=121> (zuletzt abgerufen am 02.05.2011)

<sup>7</sup> [http://www.youtube.com/watch?v=PDsFh\\_xDe0g](http://www.youtube.com/watch?v=PDsFh_xDe0g) (zuletzt abgerufen am 02.05.2011)

bei darf der Staat nicht bestimmen, welchen Gebrauch die Menschen von ihrer Freiheit machen.

## Freiheit in Gefahr

Die größte Gefahr für die Freiheit geht vom Staat aus. Gerade angesichts der Gefahren des Terrorismus werden eigentlich ganz selbstverständliche Freiheitsrechte unverhältnismäßig eingeschränkt: Man denke an die Speicherung der Verbindungsdaten aller Telekommunikationsteilnehmer (einschließlich Standortdaten) und die Videoüberwachung. Beide Maßnahmen können keine Anschläge verhindern. Aber auch ohne Terrorgefahr gibt es ständig neue Vorstöße gegen Freiheitsrechte: Man denke an die Internetsperren, die im Glückspielstaatsvertrag vorgesehen sind (und wo die mangelnde Verhältnismäßigkeit offensichtlich ist), oder an den Zensus, bei dem der Staat in die Privatsphäre der Befragten eindringt (z. B. durch Fragen zum religiösen Bekenntnis). Im Hinblick auf die positiven Freiheitsrechte werden Bürger besonders durch die erschwerte Zugänglichkeit zu öffentlicher Information behindert. In Bezug auf Open Data ist Deutschland gerade im Vergleich zu den osteuropäischen Nachbarn ein Entwicklungsland<sup>8</sup>. Intransparenz und der Mangel an Möglichkeiten, sich direkt politisch zu beteiligen, sind Gefahren für die Freiheit.

Nicht nur der Staat bedroht die Freiheit. Auch übermächtige Firmen, die schon fast staatsähnlichen Charakter haben, stellen eine Gefahr dar. Hier ist im Besonderen *facebook* zu nennen, ein Konzern, dem es gelungen ist, einen Teil des Internets zu privatisieren: Wo früher die Kommuni-

---

<sup>8</sup> <http://martinhaase.de/FreiesWissen.pdf> (zuletzt abgerufen am 02.05.2011)

## 2 Freiheit

kation über E-Mail oder offene Benachrichtigungssysteme erfolgte, kommunizieren heute Millionen Menschen über die Plattform des facebook-Konzerns; es ist beunruhigend zu beobachten, dass auch die Organisation von Widerstand gegen Unrechtsstaaten auf facebook angewiesen ist.

Google hat inzwischen das Monopol auf Suchanfragen aller Art: Wissensbeschaffung unter Umgehung von Google ist praktisch nicht möglich. Ähnlich wie der Staat ist auch Google nicht zwingend böse, doch bedeutet das Monopol eine Einschränkung der Informationsfreiheit. Dagegen ist das in Deutschland so vehement angefeindete Projekt Google-Streetview kaum ein Problem. Die Kampagnen gegen Streetview sollten wohl eher von staatlichen Überwachungsmaßnahmen ablenken.<sup>9</sup>

Neben Firmen geht eine Gefahr auch von großen Interessenverbänden aus. So setzen sich der Deutsche Journalisten-Verband (DJV) und die Gewerkschaft ver.di für Leistungsschutzrechte in der Verlagsbranche ein.<sup>10</sup> Solche Leistungsschutzrechte sind jedoch geeignet, die Informationsfreiheit zu beeinträchtigen und Verbraucher in ihren Rechten einzuschränken; letztlich stehen sie auch in einem Konflikt zu den Rechten von Urhebern. Die größte Gefahr liegt jedoch in einem schwindenden Freiheitsbewusstsein, das im Grunde auch die schon genannten Gefahren bedingt.<sup>11</sup> Hierzu hat sich Paul Kirchhof ebenfalls geäußert:<sup>12</sup>

---

<sup>9</sup> [http://www.ndr.de/fernsehen/sendungen/extra\\_3/videos/extra2477.html](http://www.ndr.de/fernsehen/sendungen/extra_3/videos/extra2477.html) (zuletzt abgerufen am 02.05.2011)

<sup>10</sup> <http://leistungsschutzrecht.info/akteure/verdi> (zuletzt abgerufen am 02.05.2011)

<sup>11</sup> [http://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Leistungsschutzrecht\\_f%C3%BCr\\_Presseverleger&oldid=87252710](http://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Leistungsschutzrecht_f%C3%BCr_Presseverleger&oldid=87252710) (zuletzt abgerufen am 02.05.2011)

<sup>12</sup> Paul Kirchhof (2009): Das Maß der Gerechtigkeit, München (Droemer/Knauer), Seite 268

„Eine Gefahr für die Freiheit liegt in den vermeintlich gesicherten Freiheitsrechten, die jede Anstrengung für die persönliche Freiheit erlahmen und jede individuelle Bewährung in den alltäglichen Freiheitserprobungen erschaffen lassen.“

Zum Glück ist durch die Aktivitäten des *Chaos Computer Clubs* und durch die Piratenpartei ein Ende von Gleichgültigkeit und Politikverdrossenheit in Sicht, so dass wir mit (verhaltenem) Optimismus in die Zukunft schauen können. Gerade in der vernetzten Welt unserer Zeit ist Freiheit in Gefahr, und es ist nötig, sie zu verteidigen.



# 3 Ein paar Punkte zur Post-Privacy

*Christian Heller*

Mit großem Interesse verfolge ich die Auseinandersetzung in der Piratenpartei ums Verhältnis von Transparenz und Datenschutz. Verglichen zur Leidenschaft, die hier beiden Begriffen gilt, scheint deren Behandlung in anderen deutschen Parteien wie ein Lippenbekenntnis. Im Streit etwa um die Ausgestaltung von Liquid Feedback stoßen diese beiden Leidenschaften nun aufeinander und müssen strittige Fragen untereinander klären. Aufgrund des gleichermaßen hohen Einsatzes auf beiden Seiten sind diese Aushandlungsvorgänge bei der Piratenpartei voraussichtlich wegweisender, als würden sie bei der FDP oder den Grünen stattfinden.

Auf der #om10 war es mir vergönnt, im Rahmen eines Panels *Datenschutz vs. Post Privacy* ein paar Neuronen-Zuckungen zu dieser spannenden Debatte beizutragen. Martin Haase moderierte zwei Datenschützer, Angelo Veltens und Werner Hülsmann, auf der einen Seite, gegen zwei Vertreter der *Post Privacy* auf der anderen Seite, Bastian Greshake und mir. Im Folgenden möchte ich ein paar Punkte zum Thema *Datenschutz*

### 3 Ein paar Punkte zur Post-Privacy

vs. *Post Privacy* aufgreifen, die mir dort und auch noch nachträglich in den Sinn kamen.

## Was heißt Post-Privacy?

Ich selbst habe den Begriff *Post-Privacy* laut Archiv meines Blogs zum ersten Mal im November 2007 in den Internet-Mund genommen.<sup>1</sup> Recherchiere ich früheres Auftauchen der Zeichenfolge bei Google, finde ich vor allem englischsprachige Datenschutz-Erklärungen von Institutionen, deren Name zufällig mit *Post* endet (also so etwas wie die *Washington Post Privacy Policy*). Eine nennenswerte eigene Dynamik scheint der Begriff, zumindest im deutschen Sprachraum, also erst in den letzten drei Jahren entwickelt zu haben. Inzwischen hält er ganz gut her als Bezugspunkt für einen bestimmten politischen Diskurs. Er trägt die Vorstellung einer Welt oder Lebensführung, in der *privacy* an Bedeutung verliert; so eine vielleicht noch nicht sehr weit führende erste Arbeitsdefinition. Ich will einmal provisorisch versuchen, meine eigenen Annahmen und Schlüsse in ihr aufzufalten.

Wenn ich den Begriff *Post-Privacy* verwende, dann habe ich erst einmal eine recht enge Vorstellung von der *privacy*, deren Überwindung er beansprucht. Die Begriffe **privacy**, *Privatsphäre* und *Privatheit* falten ein breites Bedeutungsfeld auf, das vom Bestimmungsrecht über den eigenen Körper in Abtreibungsdebatten (siehe die Argumentation im Fall *Roe v. Wade* vom US Supreme Court) bis zum Recht am eigenen Bild

---

<sup>1</sup> <http://futur.plomlompom.de/archiv/1842/bruechiger-versuch-barcamp-web-20-expo>

reicht. In den Bedeutungs-Zusammenhängen, in denen ich den Begriff *Post-Privacy* verwende, bezieht er sich dagegen üblicherweise auf Privatsphäre als einen Raum persönlichen Seins, der sich sicher weiß vor äußeren Blicken: ein informationell abgeschotteter Raum eigenen Lebens und Handelns, aus dem nichts ungenehmigt nach Außen dringt.

Die Sicherheit eines solchen Schutzbereichs war vermutlich noch nie absolut. In jedem Fall aber setzt der Begriff der *Post-Privacy* ihn weiterer Bedrängung aus. Er skizziert ein Leben, in dem immer weniger – oder gar nichts mehr – den Augen und Ohren Neugieriger oder der Öffentlichkeit entzogen werden kann. Diese Augen und Ohren umfassen die Algorithmen von Google und Facebook genauso wie die Dorfnachbarn, die nervigen Werbevermarkter, gewaltbereite politische Extremisten oder den Überwachungsstaat. Eine solche Einsehbarkeit des eigenen Lebens gilt traditionell als politische Schreckensvision, mit Herbeidenken vom allsehenden strafenden Auge des Großen Bruders aus George Orwells Roman *1984*. Der Begriff *Post-Privacy* dagegen, in der Verwendung, die ich bei mir wie auch bei Anderen beobachte, versucht sich an einer positiven Gegendeutung. Hier wie da wird eine erhöhte Einsehbarkeit des persönlichen Lebens angenommen – *Post-Privacy* allerdings findet darin Gutes, während der traditionelle Datenschutz-Diskurs darin vor allem eine aufzuhaltende Bedrohung sieht.

Schon die Frage, worin dieses Gute in größerer Einsehbarkeit bestehen soll, erlaubt viele teils weit auseinanderliegende Antworten. Im weiteren Verlauf dieses Textes will ich mich an ein paar versuchen. Für die Frage nach dem Begriff der *Post-Privacy* scheint mir aber auch eine andere Vieldeutigkeit sehr wichtig: Ist dieser Zustand der größeren Einsehbarkeit



### 3 Ein paar Punkte zur *Post-Privacy*

etwas, das wir Rhetoriker der *Post-Privacy* nur als Gedankenspiel üben, um zum Beispiel Fragen des Privatsphärenschutzes besser beantworten zu können? Oder ist er etwas, das wir als Zukunft erwarten, auf die es sich einzustellen gelte? Oder ist er gar etwas, das wir einfordern, weil es eine bessere Welt schaffen würde – und das deshalb auch normativ durchzusetzen sei, selbst wo es aufhaltbar wäre? Ich habe den Eindruck, dass es recht unterschiedliche Positionen entlang dieser Achsen gibt – und zugleich jede davon einen Anspruch auf den Begriff *Post-Privacy* besitzt. Ich bitte darum, diese Vielfältigkeiten im Hinterkopf zu behalten, ehe man allzu leichtfertig von einer *Post-Privacy-Bewegung* spricht.

## Post-Privacy und Transparenz

Aus einer Welt wachsender Einsehbarkeiten und schwindender Möglichkeiten zur Geheimhaltung Gutes zu ziehen, ist keine neue Forderung. In der höchsten Radikalität, die der Begriff *Post-Privacy* beanspruchen könnte, stellte sie bereits Ende des 20. Jahrhunderts David Brin mit seinem Buch *The Transparent Society: Will Technology Force Us to Choose Between Privacy and Freedom?* (1998) Hierin prophezeit er die Unhaltbarkeit aller Datenschutz-Versprechen unterm Druck digitaler Medien und Vernetzungen – woraus der Anspruch folgt, die Umsetzung unsere Freiheitswerte vom Schwindenden auf das Wachsende umzusatteln: Transparenz müsse zum neuen Sicherheitsmechanismus gegen Macht-Ungleichgewichte und Intoleranz-Gewalten ausgebaut werden. Wer uns überwachen will, soll selber überwacht werden. Keine Macht darf entstehen, die nicht zugleich selber gegenüber denen einsehbar ist, die von ihr

betroffen sind: Denn die Transparenz einer Macht erhöht deren Kontrollierbarkeit.

Brin ist ein Futurist und Science-Fiction-Autor, dementsprechend weit denkt er seine Zukunftsentwürfe: wie könnte zum Beispiel ein Finanzsystem aussehen, dessen einzige Sicherheiten die völlige Öffentlichkeit aller Geldtransfers darstellt? Eine Utopie ist die Forderung nach Transparenz dagegen schon lange nicht mehr: In Skandinavien ist unterm Begriff *Öffentlichkeitsprinzip* die Einsehbarkeit aller amtlichen Dokumente schon seit Jahrhunderten der Normalfall, ebenso können jährliche Verdienste von Privatpersonen von jedermann erfragt werden. In den USA gibt es den *Freedom of Information Act*, der selbst das Pentagon nötigt, seine Akten (wenn auch oft stark geschwärzt) nach soundsoviel Jahren der Öffentlichkeit preiszugeben. Und sogar in Deutschland gibt es das zarte Pflänzchen des Informationsfreiheitsgesetzes, das sich heroisch, aber nicht immer erfolgreich gegen den Apparat des Amtsgeheimnisses zu stemmen versucht.

Kurzum, Transparenz ist eine anerkannte Forderung: ein Anspruch der Zivilgesellschaft vor allem gegen den Staat, vermehrt allerdings auch gegen andere Machtträger wie zum Beispiel Privatunternehmen. Transparenz ist mindestens Lippenbekenntnis nahezu der gesamten Breite etablierter westlicher Politik und wird an vielen Stellen auch tatsächlich umzusetzen versucht. Den üblichen Forderungen nach Transparenz kann ein Post-Privacy-Anhänger sich meist ohne Vorbehalt anschließen. Aber auch Datenschützer nicken die üblichen Forderungen nach Transparenz gerne ab, schreiben sich nur ungern Transparenzfeindlichkeit aufs Banner: Sie sehen eine klare Trennbarkeit der betroffenen Bereiche – die

### 3 Ein paar Punkte zur Post-Privacy

Macht, der Staat, die Wirtschaft sollen dem Bürger transparent werden; das sollte doch machbar sein, ohne dass der Bürger selbst gläsern werden muss. Dem entspricht das Motto des Chaos Computer Clubs: *öffentliche Daten nützen, private Daten schützen.*

Leider sind die Sphären nicht immer so klar trennbar. Menschen und Institutionen leben nicht in zwei sauber voneinander geschiedenen Welten. Wo Macht und Privatpersonen sich vermischen, kommen sich Ansprüche nach Transparenz und Datenschutz leicht in die Quere. Wieviel vom Leben eines Ministers ist öffentliches Interesse? Wieviel von dem eines Richters, eines Polizisten, eines Partei-Funktionärs? Sind nicht auch jedermannes Löhne, Vermögen, Eigentumsverhältnisse politisch überaus bedeutsam und sollten deshalb offengelegt werden? Eine Post-Privacy-Logik, die der Transparenz großen Wert in der Kontrolle von Macht beimisst, wird sich hier eher auf deren Seite schlagen statt auf die des Datenschutzes. Je nach Radikalitätsgrad können dabei immer weitgehender Bereiche dem Anspruch auf Privatsphäre entzogen und stattdessen dem öffentlichen Interesse zugeschrieben werden. Seine Rechtfertigung findet ein solcher Ansatz in all den Fällen, in denen Datenschutz, Persönlichkeitsrecht und verwandte Informationsfluss-Hemmungen dafür instrumentalisiert werden, Machtmissbrauch zu decken oder unangreifbar zu machen.

Allerdings lässt sich die Transparenz-Forderung auch leicht in Frage stellen: Was nützt es mir, wenn ich alles über den Menschen mit dem Knüppel weiß, so lange immer noch er den Knüppel hat und nicht ich? Transparenz ist kein Allheilmittel, um Machtverhältnisse aufzulösen oder gerechter zu machen. Ebenso wenig sind das aber Datenschutz und Privatsphäre.

*Post-Privacy* kann die Argumente für Transparenz sammeln und stärker machen, wird aber in nächster Zukunft nicht die Einzelfall-Abwägung ersetzen, welcher Schutz- Offenlegungsanspruch wo überwiegt. Sie stellt sich aber mit Nachdruck jeder Rede von der einfachen Vereinbarkeit von Datenschutz- und Transparenz-Ansprüchen entgegen, und ebenso dem Datenschutz als absolutem Argument gegen die Veröffentlichung dessen, was von öffentlichem Interesse ist.

## **Post-Privacy und der Schutzwall zwischen mir und der Gesellschaft**

Ein beliebtes Argument für Datenschutz und Privatsphäre ist die Intoleranz der Gesellschaft: diese pflegt ihre Normen und strafft Menschen, die von ihnen abweichen. Ein geschützter persönlicher Bereich soll als Rückzugsraum dienen, in dem gelebt werden kann, ohne dass die Gesellschaft einem hier ihre Normen aufzwingen kann. Ich soll meine Fetisch-Parties feiern können, ohne dass die Kunde davon an meinen Arbeitgeber, meine Nachbarn, meine Großeltern oder übereifrige staatliche Sittenwächter dringt. Ich soll bis zu einem gewissen Maß Fehler machen können, ohne dass ich mich der ganzen Welt gegenüber für diese rechtfertigen muss. Ich soll subversive Gedanken haben können, ohne gleich für Gedankenverbrechen von der Polizei verfolgt zu werden.

*Post-Privacy* kommt nicht umhin, diese Schutzfunktion des Privaten bis zu einem gewissen Grad anzuerkennen. Gleichzeitig kann sie aber auf eine lange Tradition der Kritik verweisen, die in Privatsphäre auch den

### 3 Ein paar Punkte zur Post-Privacy

Schutz der Gesellschaft vor dem erkannte, was die Gesellschaft für ab-  
scheulich oder gefährlich hält. Was brenzlich ist, wird dem Politischen ent-  
zogen und ins Private verbannt: Sexualität, Religion, bestimmte zwischen-  
menschliche (vor allem familiäre) Machtverhältnisse, subversive Kultur.  
Privatsphäre ist ein Ventil für Norm-Abweichungen und entlässt so die ge-  
sellschaftlichen Normen aus der Pflicht, zu reagieren oder gar sich an-  
zupassen. Ein Problem, das dein privates ist, geht uns nichts an: Privat-  
sphäre isoliert. Öffentlichkeit dagegen verbindet mit Leidensgenossen,  
gibt Gruppenmacht, fordert die Politik heraus. Emanzipationsgeschich-  
ten enthalten deshalb oft einen Moment des Abstreifens von Privatheit,  
des Verlassens der Privatsphäre, des stolzen Tritts in die öffentliche Sphäre  
des Politischen.

Ein – zumindest in meinen Reden vielleicht zu oft strapaziertes – Bei-  
spiel ist die Sexuelle Revolution. Kinsey-Report und Playboy zerrten die  
Sexualität aus der Scham des Schlafzimmers heraus, machten sie zum  
öffentlichen Diskurs und forderten von der Gesellschaft eine Neuorientie-  
rung der Sitten. Gegen repressive Abtreibungsgesetze wurden „Wir ha-  
ben abgetrieben“-Unterschriftenlisten von Prominenten in Stellung ge-  
bracht: Massen-Outing, freiwillig wie unfreiwillig, von Norm-Abweichlern  
setzt Normen unter Druck. Die Schwulenbewegung fand zur *Gay Pride  
Parade*, ersetzte also Scham für die Norm-Abweichung durch öffentli-  
chen Stolz, und kann sich rühmen, binnen weniger Jahrzehnte die Ho-  
mophobie in westlichen Gesellschaften erheblich abgebaut zu haben.  
Heute gilt ihr Kampf in Amerika der *Don't ask, don't tell*-Politik des US-  
Militärs: Dort darf man zwar als Schwuler dienen, aber nur, wenn man  
sein Schwulsein geheimhält – eine Regel, die vor einem halben Jahrhun-  
dert vielleicht noch als Zugeständnis an Homosexuelle durchgegangen

wäre, heute dagegen als gesellschaftlich nicht tolerierbare Intoleranz erscheint. Ein – zumindest in meinen Reden vielleicht zu oft strapaziertes – Beispiel ist die Sexuelle Revolution. Kinsey-Report und Playboy zerrten die Sexualität aus der Scham des Schlafzimmers heraus, machten sie zum öffentlichen Diskurs und forderten von der Gesellschaft eine Neuorientierung der Sitten. Gegen repressive Abtreibungsgesetze wurden „Wir haben abgetrieben“-Unterschriftenlisten von Prominenten in Stellung gebracht: Massen-Outing, freiwillig wie unfreiwillig, von Norm-Abweichlern setzt Normen unter Druck. Die Schwulenbewegung fand zur *Gay Pride Parade*, ersetzte also Scham für die Norm-Abweichung durch öffentlichen Stolz, und kann sich rühmen, binnen weniger Jahrzehnte die Homophobie in westlichen Gesellschaften erheblich abgebaut zu haben. Heute gilt ihr Kampf in Amerika der *Don't ask, don't tell*-Politik des US-Militärs: Dort darf man zwar als Schwuler dienen, aber nur, wenn man sein Schwulsein geheimhält – eine Regel, die vor einem halben Jahrhundert vielleicht noch als Zugeständnis an Homosexuelle durchgegangen wäre, heute dagegen als gesellschaftlich nicht tolerierbare Intoleranz erscheint.

*Post-Privacy* wird oft mit der Überzeugung eingefordert, dass dem Anspruch auf Schutz vor gesellschaftlichen Normen ein Anspruch auf Veränderung gesellschaftlicher Normen entgegen gestellt werden sollte; und dass gesellschaftliche Normen durch Konfrontation mit einer großen Breite von Norm-Abweichungen unter Druck gesetzt werden können. Dass bald jeder Zweite sein Intimleben gegenüber seinen Mitmenschen im Internet ausbreite, erscheint so als Bedingung für eine tolerantere, weniger nachtragende Welt. Die Gesellschaft hätte dann die Wahl, sich gegenüber mehr Andersartigkeiten und Fehlern zu öffnen, oder aber ausein-

### *3 Ein paar Punkte zur Post-Privacy*

anderzubrechen. Scham gilt einer solchen Position leicht als repressiver Wert, der uns von einer Gesellschaft anerzogen wird, die über unser eigentliches Sein die Nase rümpft. Die Warnung, unser Leben nicht bei Facebook zu publizieren – weil so jeder potentielle Arbeitgeber unsere Verfehlungen sehen und uns nach diesen diskriminieren könnte –, erscheint so als Zugeständnis an und Stärkung der Intoleranz des Arbeitgebers, anstatt als Stärkung unseres Rechts darauf, unser Leben so zu führen wie wir wollen.

Nicht jeder hat den Luxus einer umfassend ausgepolsterten und autonomen Privatsphäre, in die er sich vor den Zwängen der Gesellschaft zurückziehen kann. Solidarität mit solchen Menschen verlangt es, die Zwänge der Gesellschaft an sich zu lockern und locker zu halten. Das eigene Leben gerade auch in seinen Norm-Abweichungen öffentlich zu führen und zu verteidigen, kann dann als gesellschaftliche Pflicht gelten, um Intoleranzen den Ausbreitungs-Raum zu verwehren. Auch hier wieder liegt eine Fall-abhängige Abwägung zwischen einem Schutz-Interesse und der Pflicht an der öffentlichen Sache nahe: Schwerlich können wir von einem Homosexuellen sein Outing verlangen, der an ein Land gebunden ist, das Homosexualität mit dem Tod bestraft; und die Identifizierung der Juden durch den Judenstern hat den Holocaust nicht etwa aufgehalten, sondern ihn sicherlich erleichtert. Einmal erlangte oder in Reichweite befindliche Freiheiten aber gilt es zu verteidigen und zu erweitern, indem wir sie öffentlich leben und öffentlich auf ihnen beharren, anstatt uns mit einem privaten Rückzugsraum zufrieden zu geben.

## Die wünschenswerte Ungezügeltheit der Daten

Meine weiter oben erwähnte erste Verwendung des Begriffs *Post-Privacy* in einem Blogeintrag bezog sich auf einen Besuch der *Web 2.0 Expo*: einer Veranstaltung, in der, grob gesagt, Vertreter des kommerziellen Internet sich mal mehr, mal weniger glaubhaft gegenseitig des Glanzes, der Einfallsfreude und der Zukunftswürdigkeit ihrer Geschäftsmodelle versicherten. Einer dieser Köpfe, Tim O'Reilly, schwärmte dabei von den Möglichkeiten, die eine immer umfangreichere Erfassung und Verknüpfbarkeit der Daten von Internet-Nutzern in Sachen Dienstleistungen und Netz-Intelligenz eröffnen würde. Im selben Augenblick sah ich vor meinem geistigen Auge die Messer all jener (durchaus anwesenden) Zuhörer aufschnappen, die dem deutschen Datenschutzgeist die Treue geschworen hatten. Ich selber glaubte mich bis dahin gar nicht allzu weit entfernt von diesem Treue-Schwur. Aber ich konnte nicht anders, als dem Schwärmer dort vorne auf der Bühne ein Mindestmaß an Sympathie zuzugestehen: So ganz Unrecht hatte er ja nicht. Man kann eine Menge toller Sachen mit Daten anstellen, und das sicher auch zum Nutzen des Einzelnen wie der Gesellschaft.

Das Internet gerät mehr und mehr zu einer grundlegenden Infrastruktur unserer Gesellschaft. Das heißt auch: Hier sammelt sich gesellschaftliche Intelligenz, hier wird sie hergestellt, hier wird sie zugänglich gemacht. Diese gesellschaftliche Intelligenz nährt sich von all dem Wissen, das die Teilnehmer des Netzes ihr eintrichtern. Viele neue Formen kollektiver Intelligenz werden hier möglich, die vorher undenkbar waren: der menschlichen Geschichte bisher unvergleichbare Wissens- und Kultur-Schätze wie Wikipedia, YouTube und das Orakel von Google. Das Sammeln, Verknüp-



### 3 Ein paar Punkte zur Post-Privacy

fen und Auswerten von Daten ist das Fundament, auf dem dieses Gehirn anwächst und unsere Möglichkeiten erweitert: eine immer breitere Zugänglichkeit von immer tiefergehendem Wissen über die Welt, das Zuschneiden von Diensten auf unsere ganz persönlichen Wünsche und Nöte, die immer zielgenauere Vermittlung von immer weiter auseinanderliegenden sozialen Anknüpfungspunkten. Dass dieses Sammeln, Zusammenführen und Auswerten sich kaum von behördlichen Genehmigungsverfahren, der rigiden Redaktion des guten Geschmacks oder engen Relevanz-Kriterien bremsen lässt, ist eine der Bedingungen seines Erfolgs, seiner Evolution.

Jede Beschneidung dieser Dynamik durch Datenschutz hat sich auch vor dem Nutzen dessen zu rechtfertigen, was sie verhindert. Würden alle Gesetze aller dem Netz angegliederten Staaten eingehalten und alle Datenschutzbedürfnisse aller möglicherweise Betroffenen beachtet, würde das Netz vermutlich nur aus ein paar wenigen universitären Instituts-Websites und vielleicht noch der einen oder anderen statischen Firmen-Visitenkarte bestehen. Nicht möglich aber wäre der selbstorganisierte Austausch zwischen Milliarden von Menschen, ihr freier Diskurs untereinander und dessen Potenzierung durch immer weiter anarchisch-kreativ entstehende Computerintelligenzen, welche alle erzeugten Daten dialektisch neu verschalten und so eine neue zivilisatorische Intelligenz erzeugen. All das gilt vielen, und sicherlich auch den Anhängern von *Post-Privacy*, als unzweifelhaft positive Entwicklung. Wer dagegen Datensparsamkeit und Datenkontrolle fordert, der fordert die Hemmung, Bändigung, bei absoluter Forderung sogar die Ausschaltung dieser unkontrollierten Daten-Wirbelei und all ihrer Produkte.

Ein Datenschutz, der etwas auf seinen Begriff und dessen Durchsetzung hielte, käme in letzter Konsequenz nicht umhin, eine Kontrolle von Daten zu fordern, die dem nahe kommt, was die Rechteverwertungsindustrie für die Kontrolle digitaler Texte im Netz fordert: Jeder Information im Netz müsste ein Eigentümer zugeordnet sein sowie eine Lizenzierung, die Verbreitungsrechte und Selbstzerstörungsbedingungen (wie z. B. ein Verfallsdatum) enthält; und am Netz teilnehmen dürften nur noch Maschinen, die den Respekt vor diesen Bedingungen fest und unumkehrbar eingebaut haben. Eine solche Struktur würde das Internet und all seine positiven Effekte totwürgen. Schon deshalb wagt kein Datenschützer, sie laut auszuentwickeln.

Aber wie, wenn nicht so, sollte ein Datenschutz der Zukunft aussehen? Die Bereiche der Welt, die nicht permanent vom Internet erfasst, neu verschaltet und publiziert werden, werden immer weiter zurückgedrängt; dieses Empfinden ist mit der Debatte um *Google Street View* ganz zurecht auch im öffentlichen Diskurs angekommen. Immer mehr Menschen geben dem Netz immer mehr nicht nur von sich, sondern auch über Dritte preis. Die Datamining-Algorithmen, um mit anwachsendem Kontextwissen auch das freizulegen, was nicht bereits freigelegt ist, werden immer besser. All das wird, wenn schon nicht in den Lippenbekenntnissen und der Theorie, so doch in der Praxis hingenommen für die enormen Zugewinne an Wissen, Intelligenz, Kommunikation, Sozialität, Bequemlichkeit, Kreativität, die es freisetzt. Appelle verblassen hiervor, und Gesetze schrecken ganz zurecht vor der Gewalt zurück, die notwendig wäre, um sich wirkungsvoll dagegen zu stemmen.

## Auf der Suche nach einer praktisch-realistischen Haltung

So gelangen wir an einen Punkt, wo wir nicht nur im luftleeren Raum das Für und Wider einer *Post-Privacy* erörtern, sondern uns mit der Vorhersage ihres faktischen Eintretens auseinandersetzen müssen. Wenn der Eintritt ins Internet-Zeitalter bedeutet, dass die historische Institution der Privatsphäre immer weiter zurückgedrängt wird, wie können wir uns dann verhalten?

Zuallererst resultiert aus einer solchen Feststellung die Notwendigkeit positiver Lebens- und Gesellschaftsentwürfe für eine Welt nach der Privatsphäre. Das ist das Projekt, das ich persönlich mit dem Begriff *Post-Privacy* am Stärksten verbinde: Die Welt steuert in diese Richtung – wie können wir sie uns lebenswert machen? Die genannten Forderungen und Hebel für eine transparentere und tolerantere, mithin offenere Gesellschaft sind da erste wertvolle Ansätze. Beide bauen auf historischen und bestehenden Praktiken auf, aus denen wir lernen, die wir fortführen und den neuen Gegebenheiten anzupassen versuchen sollten. Zu unserer bisherigen Welt, aus der sie ja stammen, erfordern sie keinen groben Bruch – sie sind in ihr auch dann anerkannt, wenn die Vorhersage einer *Post-Privacy*-Welt sich als falsch erweisen sollte. Nur verschiebt die Vorhersage einer *Post-Privacy*-Welt in vielen Fällen möglicherweise die Parameter des Abwägens. Droht morgen eine Enthüllung zu fremden Bedingungen, kommt man ihr besser zu den eigenen Bedingungen zuvor. Und die Notwendigkeit größerer gesellschaftlicher Toleranz wiegt gegenüber dem Schutz in-

dividueller Privatsphäre schwerer, wenn letztere sich eh nicht mehr lange aufrecht erhalten lässt.

Wir können die Möglichkeiten wie die Gefahren einer solchen Welt aber nur unzureichend aus unseren bisherigen Erfahrungen abschätzen. Eine großplanerisch vorausseilende Politik, die uns mit Gewalt zu einem von ihr behaupteten Guten der Post-Privacy zwingt, ist daher abzulehnen. Zu fördern dagegen ist das individuelle, freiwillige Experiment: Wo ich es mir erlauben kann, sollte ich ein bisschen Post-Privacy üben, und schauen, was ich daraus lerne: Wo fliege ich auf die Schnauze, wo eröffnen sich mir Chancen, worauf sollte ich achten, wo kann ich mir schon mehr und wo noch nicht so viel Post-Privacy leisten? Wir müssen erst gehen lernen in der neuen Welt. Und bei diesen ersten Geh-Versuchen werden wir sehen, wie die Welt beschaffen sein muss, damit sie langfristig begehbar bleibt. Wo wir jetzt schon Weichen stellen müssen, sollten wir sie in Richtung größerer Fehler-Toleranz stellen. Denn Fehler werden wir ganz sicher machen bei Erkundung des neuen Terrains.

Aus den genannten Einschränkungen – dass eine Politik des gewalthaften Zwangs zur Post-Privacy abzulehnen, eine der Fehler-Toleranz dagegen zu fördern sei – lässt sich auch ein Rest-Erhalt von Datenschutz bis auf Weiteres legitimieren. Datenschutz hat sicher keine allzu stolze Zukunft vor sich und droht, nach und nach in seiner Relevanz zu schwinden. Ein bisschen Macht hat er aber noch, ein bisschen informationelle Selbstbestimmung bekommt er noch durchgesetzt – und gibt so Orientierungszeit, Verschnaufpause, Gelegenheit zum Abfinden mit und Vorbereiten auf die neuen Bedingungen. Er kann vielleicht nichts aufhalten, aber er

### *3 Ein paar Punkte zur Post-Privacy*

kann entschleunigen, abpolstern, durch Abbremsung die Reibungsgewalt etwas verringern.

Von der Verantwortung, uns auf eine Zeit ohne seinen Schutz vorzubereiten, befreit eine solche Schonzeit aber nicht: Wo der Datenschutz verspricht, seine schützende Hand in der weiteren Zukunft noch über uns zu halten, verbreitet er falsche Sicherheiten. Der Glaube an diese kann uns gefährlich werden. Wir sollten für ihre Versprechungen nichts Wertvolleres eintauschen. Datenschutz sollte auch heute noch gewürdigt werden, wo er konkret Menschen schützt. Aber jeder solche Schutzanspruch gehört dort, wo er mit der notwendigen Arbeit an einer toleranteren, transparenteren, offeneren Gesellschaft kollidiert, einer harten, strengen Prüfung unterzogen. Die relevanten politischen Schlachten der Zukunft werden nicht an der Front des Datenschutzes gewonnen, denn dauerhaft gehalten werden kann diese Front nicht; hier kann Unerwünschtes höchstens noch eine Weile hingehalten werden, damit dieweil anderswo eine Lösung gefunden wird.

## 4 Individualismus, Kollektivismus und Netzkultur

*Sebastian Leibert*

Im westlichen Kulturkreis leben wir in einer Gesellschaft, die stark individualistisch geprägt ist. Die Freiheit und Entfaltung des Individuums ist nicht nur eine Eigenschaft unserer Kultur, sondern eine gemeinsam geteilte Wertebasis, die uns verbindet. Herrschte in der religiös konservativen Gesellschaft noch eine Art allgemeingültige Moral und ein für alle verbindlicher Lebensstil, so beruft sich die (post)moderne Gesellschaft auf die Werte Toleranz und individuelle Freiheit in der Lebensgestaltung, so dass diese Werte einen darüber hinausgehenden Wertekanon geradezu ausschließen.

Dem gegenüber stehen die Kollektivistischen Kulturen, welche hauptsächlich im asiatischen Raum angesiedelt sind. Im Leben des kollektivistischen Menschen haben *die Anderen* eine höhere Bedeutung als der einzelne. Statt dem *ich* steht das *wir* im Vordergrund. Der Kollektivismus ist nicht in erster Linie eine Frage der Haltung, sondern der Perspektive und des Bewusstseins. Der Fokus liegt nicht auf dem einzelnen Menschen, son-

#### 4 Individualismus, Kollektivismus und Netzkultur

dern auf dem Zusammenspiel der Gruppe bzw. Gesellschaft als Ganzes. Individuen werden stets im Kontext des Ganzen gesehen. Ein besonderer Wert liegt auf der Harmonie.

Durch den digitalen Wandel verändert sich die Grundlage unserer Gesellschaft, ihre Kommunikationsstrukturen. Früher erfolgte der Gedenaustausch ausschließlich im physikalischen Raum, durch Gespräche im engeren Freundes- und Bekanntenkreis. Die Synchronisation der Menschen erfolgte über Massenmedien, die einzig passiven Konsum zuließen. So herrscht ein geteiltes Bewusstsein über die Inhalte, die gesendet werden (Agenda Setting), aber nicht über die Gefühle die die Menschen dazu haben. Dadurch können Massenmedien Menschen beeinflussen, z. B. durch Werbung. Das Internet ermöglicht nun neue Kommunikationskanäle, die die Eigenschaften des Telefons, Dialog, Bidirektionalität und Intimität mit Eigenschaften des Rundfunks verbindet. Jeder ist Sender und Empfänger, und Informationen verbreiten sich viral. Durch die Intensivierung und Verdichtung netzwerkartiger Kommunikationsstrukturen erhöht sich die Verbindung der vielen Menschen miteinander. Bürger können sich ihrer gemeinsamen Gefühle besser bewusst werden, dadurch entstehen bessere Bedingungen für Grasswurzelbewegungen.

Zunehmend integrieren Menschen das Internet derart in ihr Leben, dass sie es als Lebensraum begreifen. Das Internet wird durch Mobile Geräte allgegenwärtiger, und die Trennung zwischen realer und *virtueller* Welt löst sich auf. Diese Verschmelzung bedeutet auch das Ende der Trennung zwischen realer Welt und Medienwelt, zwei Welten, die bisher grundverschieden, aber immer schon miteinander gekoppelt waren. In der *realen* Welt pflegten *Privatpersonen* soziale Kontakte, in der Medienwelt fin-

den *Personen des öffentlichen Lebens* medial statt, und Profis machen Öffentlichkeitsarbeit. Doch die herkömmlichen Medien werden zunehmend durch das Internet abgelöst. Das Internet ist so frei und allgegenwärtig wie die Luft, die selbst ein Kommunikationsmedium ist. Somit ist das Medium, in dem wir zukünftig alle leben und stattfinden, das Luft-Internet-Hybrid. Das ehemalige Privatleben findet zunehmend in der digitalen Öffentlichkeit statt und die Grenzen zur Prominenz werden fließend und dynamisch. Das Aufzeichnen, bearbeiten und veröffentlichen medialer Inhalte, ehemals ein Privileg einer professionellen Elite, ist nun integraler Bestandteil der alltäglichen Kommunikation aller Menschen. In Medien wie Blogs und Twitter ist eine Trennung zwischen der Pflege sozialer Beziehungen und *Public Relations* nicht mehr möglich. Es verschwimmen auch die Grenzen zwischen *kennen* und *nicht kennen*, neben engeren Freunden sind Menschen zunehmend mit einer Vielzahl loser Beziehungen kommunikativ verbunden, anhand der sich Informationen viral verbreiten können. Dadurch verschwindet auch die Grenze zwischen Freundeskreis und massenmedialer Öffentlichkeit.

Die zunehmende Vernetzung führt zu einer Gesellschaft, die sich ihrer selbst stärker bewusst wird, und könnte damit auch zu einer stärker kollektivistisch geprägten Perspektive des einzelnen führen. So führen z. B. Ansätze wie *Liquid Democracy* zu einem viel stärkeren Bewusstsein des einzelnen für den politischen Prozess der Entscheidungsfindung. Verstärkend könnte sich die Tatsache auswirken, dass immer mehr Informationen öffentlich werden und miteinander verknüpft werden können. Wenn es zu Persönlichkeitsprofilen kommt, sind vermutlich nicht die Profile der Individuen selbst die Interessanten Daten, sondern die Daten, die sich da-



#### *4 Individualismus, Kollektivismus und Netzkultur*

durch über unser Zusammenleben als Gesellschaft gewinnen und nahezu in Echtzeit auswerten lassen.

Das Internet verbessert zunehmend die Möglichkeiten der Menschen, Beziehungen und Vertrauen aufzubauen, sich effektiv über Raum und Zeit hinweg zu organisieren, Meinungen auszutauschen und politische Diskurse zu führen. Hier schlummert ein Potential Das noch nicht einmal ansatzweise ausgeschöpft wird. Doch ein Realisieren der Potentiale ist nicht allein eine Frage der Technologie, sondern auch eine Frage sozialer Kompetenzen. Meine Erfahrungen in der Piratenpartei haben mir gezeigt, dass neue Kommunikationstechnologien allein noch nicht zu Effektivität führen. Idealerweise soll ein Diskurs qualitativ hochwertige Ergebnisse (Unzufriedenheit gerecht verteilen, Zufriedenheit maximieren) zeitnah erreichen, also gut und schnell sein. Die Qualität eines Diskurses ist jedoch auch eine Frage des zwischenmenschlichen Umgangs. Hier halte ich es für förderlich wenn der einzelne sich stärker mit dem politischen System als ganzes identifiziert, und neben dem individuellen Interesse auch ein Interesse an einem gelungenen Diskurs hat, d. h. an einer harmonischen Kommunikation und am Gemeinwohl.

Als Fazit möchte ich die These aufstellen, dass ein zunehmendes Bewusstsein der Gesellschaft eine kollektivistische Perspektive hervorbringen könnte, diese aber auch hilfreich oder geradezu notwendig sein kann, um die Potentiale der Vernetzung wirklich ausreizen zu können. Daher schlage ich vor, an den Werten aus der Individualistischen Tradition wie die Bürger- und Menschenrechte festzuhalten, jedoch Werte aus Kollektivistischer Tradition wie Harmonie- und Konsensorientierung in den Wertekanon mit aufzunehmen. Im Vortrag kam die Frage auf, ob das so

möglich sei, oder ob es sich um eine Abwägung handelt, bisher konnte ich jedoch noch keinen Konflikt der Werte feststellen. Die Zukunft sehe ich jedoch nicht in einem Kollektivismus asiatischer Prägung, sondern ich glaube, dass durch die Netzkultur etwas neues entsteht, das weder mit Westlicher noch asiatischer Kultur vergleichbar ist, jedoch unter anderem kollektivistische Elemente enthält. Eine Massengesellschaft mit Massen, die nicht mehr das sind, was sie einmal waren, sondern intelligenter, weiser und handlungsfähiger.



# 5 Welche Arbeit darf's denn sein?

## – Selbstbestimmung und der Ruf nach Eigenverantwortung

*Peter Plöger*

Heute über Arbeit sprechen zu wollen, versetzt einen in die Notwendigkeit, immer über zwei Perspektiven reden zu müssen: Die deutsche Arbeitswelt ist eine der ungeahnten Möglichkeiten genauso wie der ungeahnten Schwierigkeiten geworden. Die ungeahnten Möglichkeiten bevölkern bereits die Feuilletons und die halbwegs zeitgemäßen politischen Analysen. Was heute denkbar ist, wäre vor kurzem noch glatt durch jedes Jobsuchraster gefallen: im eigenen Internet-Shop selbstgenähte Handschuhe verkaufen; dem langweiligen Büro-Brotjob mit einem freiberuflichen Fußpflegestudio begegnen; ein Hiphop-Konzert für das Jugendhaus aus dem Boden stampfen; oder gleich alles parallel machen. Die neue Arbeitswelt ist ein Selbstbedienungsladen an neuen Jobs geworden, ein Experimentierlabor für kreative Erwerbsmodelle.

## 5 Welche Arbeit darf's denn sein?

Die ungeahnten Schwierigkeiten auf der anderen Seite sind deshalb so unangenehm für alle, die an ein sich wiederholendes Beschäftigungswunder glauben, weil sie leider nicht bloß eine Randgruppe von Erwerbstätigen betreffen. Das Wörtchen *prekär* hatte bereits eine kurze Konjunktur, jetzt im *Aufschwung* möchte es niemand mehr so recht in den Mund nehmen. Doch trotzdem trifft es auf viel mehr als die verbliebenen Restarbeitslosen zu. Prekarität nur mit einer schlecht ausgebildeten *Unterschicht* in Beziehung zu setzen geht nämlich längst an der Realität vorbei. Sie macht auch vor den Hochqualifizierten nicht länger Halt. Die Universitätsabsolventen und Vielfachausgebildeten müssen sich mittlerweile darauf gefasst machen, eventuell lebenslang mit einer unerwartet krummen Berufsbiographie und unübersichtlichen Einkommensverhältnissen zurecht kommen zu müssen. Qualifikation schützt davor nicht mehr, dass Löhne und Honorare kaum zum Leben reichen (oder zeitweise auch mal gar nicht), dass die Integration in die Systeme der sozialen Sicherheit gegen null geht, dass ein Dutzend existenzielle Balancen gleichzeitig gehalten werden müssen, dass Arbeit größtenteils selbst organisiert werden muss, entweder weil man selbstständig ist oder mehrere Jobs gleichzeitig unter einen Hut bringen muss. Die neue Arbeitswelt macht die Erwerbstätigen zu Arbeitssammlern ohne Rücksicht auf Ausbildung, Motivation und Wünsche<sup>1</sup>. Sie führt nebenbei zu absurden Konsequenzen: Lehrerinnen für Deutsch als Fremdsprache verdienen für öffentlich geförderte Integrationskurse teilweise nicht mehr als die auf staatliche Wohlfahrt angewiesenen integrationswilligen Kursteilnehmer (manchmal sogar unter 10 Euro brutto). Scheinselbständige Verlagsmitarbeiter sitzen Stuhllehne an Stuhllehne mit den festangestellten Kollegen, die mit der gleichen Ar-

---

<sup>1</sup> Peter Plöger (2010): *Arbeitssammler, Jobnomaden und Berufsartisten*, München (Carl Hanser Verlag)

beit deutlich mehr Gehalt und mehr soziale Absicherung bekommen – zwei Beispiele für das neue Job-Absurdistan.

„Das Beste draus machen“, mehr bleibt den meisten Arbeitssammle-  
rinnen nicht. Sie gehen zu einer pragmatischen Haltung über, die die  
maximal mögliche Befriedigung durch den Job bringen soll – und sie  
selbst damit durchs Leben. Statt zertifizierte Kompetenz anzuwenden, al-  
so den einmal erlernten Beruf über Jahrzehnte auszuüben, bringen sie  
alles Können ein, das sie irgendwo einmal aufgeschnappt haben, und  
versuchen, es in Einkommen zu übersetzen. Sie basteln sich nie dagewe-  
sene Erwerbsstrukturen, kombinieren untypische Beschäftigungsformen  
(Leih-, Teilzeit-, Projektarbeit, usw.), mischen sie oft mit Selbstständigkeit  
und schlagen der Abhängigkeit vom Angebot des Arbeitsmarktes ein  
Schnippchen. Sie relativieren den Wert des Geldeinkommens für das gu-  
te Leben – Zeit nach Gusto einteilen können zum Beispiel ist auch ein  
Wert, genau so wie das zu tun, was man wirklich tun will. Neue Gratifikati-  
onsmodelle für Arbeit setzen sich so allmählich durch. Die Arbeitssammler  
ersetzen außerdem die fehlende Sicherheit gegenüber existenziellen Risi-  
ken durch eine bewegliche Sicherung, halten ihre Jobs anpassungsfähig  
und kommen so auch mit den Wechselfällen des Daseins zurecht.

All das sind Ausdrücke einer Freiheit unter ungünstigen Voraussetzun-  
gen, Freiheit, die schnell an ihre Grenzen stößt, Freiheit unter abstrakten  
Zwängen. Denn die neue Arbeitswelt kann auch sehr nervös machen,  
oft genug mündet sie in Existenzangst. Freiwillig gewählt ist die neue Ar-  
beit in dieser Form nämlich nur selten. Meistens ist doch ein Druck da,  
der nicht endgültig weichen will. Freiheit, die Angst macht, ist aber keine  
echte Freiheit.

## 5 Welche Arbeit darf's denn sein?

Nicht jeder kann mit großer Freiheit umgehen. Ich persönlich liebe meine Drei-Job-Konstruktion. Andere aber brauchen nur die Freiheit, sich die Farbe ihres Kugelschreibers wählen zu können. Alles weitere würde sie überfordern. Das kann man niemandem verdenken, und über Charaktereigenschaften sollte ohnehin nicht durch den Arbeitsmarkt geurteilt werden. Fakt ist also: Es gibt ein Kontinuum individuell unterschiedlicher Grade in der Fähigkeit, mit Selbstbestimmung umgehen zu können. Freiheit, die durch den sozialen Wandel auf die Menschen kommt, lässt dem einzelnen jedoch keine Chance, herauszufinden, wo sein persönliches Maß liegt. Der Grad an Selbstbestimmung wird ihm von oben aufgezwungen.

Selbstbestimmte Arbeit lässt sich also nicht einfach fordern oder ihre Erfüllung schlicht feststellen. Mindestens zwei Fragen drängen sich in ihrem Zusammenhang auf:

1. Unter welchen Bedingungen kann Arbeit überhaupt selbstbestimmt sein?
2. Auf welche Weise wird Selbstbestimmung heute als Zwang konstruiert?

Wann also ist Arbeit selbstbestimmt? Welche Voraussetzungen muss sie dazu erfüllen?

Grundlegend ist, dass die Tätigkeit meinen Kompetenzen entspricht (ob in langer Ausbildung erlernt oder ad hoc angeeignet spielt dabei keine Rolle), die Aufgabe bewältigbar ist und meine Fähigkeiten nicht übersteigt. Ich muss mich als wirkungsmächtig erfahren können.

Zweitens muss die Tätigkeit im Rahmen meiner allgemeinen körperlichen und psychischen Leistungsfähigkeit liegen. Sie darf mich nicht überlasten – zum Beispiel durch körperliche Beanspruchung oder übermäßigen Zeitdruck. Die Arbeit muss mit anderen Worten leistbar sein.

Drittens sollte die Aufgabe eine meinem Grad an Autonomie angemessene Möglichkeit zu unabhängiger Wahl der (Teil-) Ziele und der Mittel, die ich zur Erreichung der Ziele benötige, beinhalten.<sup>2</sup>

Viertens sollte ich die Arbeit um der Sache willen tun können, also aus einem intrinsischen Interesse an der Aufgabe, dem Material, dem Arbeitsprozess. Die Freude an der Tätigkeit an sich muss spürbar sein.<sup>3</sup> Ein Teil der Freude kann darin begründet liegen, die Arbeit für etwas, das wir gemeinhin als *Sinn* bezeichnen, zu tun, das heißt ein Ziel außerhalb meiner selbst, das ich für andere Menschen oder im Rahmen eines größeren Zusammenhanges als bedeutsam erachte. In der selbstbestimmten Arbeit treffen sich mithin Selbst, Sache und Sinn.

Schließlich muss die Arbeit ein Einkommen abwerfen, das ausreicht, um mich weitgehend frei von existenziellen Sorgen leben zu lassen. Ohne diese Voraussetzung wären alle anderen Freiheiten eingeschränkt beziehungsweise sogar ganz hinfällig.

Unter diesen Voraussetzungen wird Arbeit als herausfordernd und motivierend zugleich erlebt. So leistet sie ihren Beitrag nicht bloß zum Einkommen, sondern zu einem zufriedenstellenden und gelingenden Leben.

---

<sup>2</sup> Hans-Eberhard Plath (2000): *Arbeitsanforderungen im Wandel, Kompetenzen für die Zukunft*, Stuttgart (Kohlhammer)

<sup>3</sup> Edward Deci und Richard Flaste (1995): *Why we do what we do*, New York (Penguin Books)



## 5 Welche Arbeit darf's denn sein?

Statt Arbeit jedoch grundsätzlich nach diesen Bedingungen zu bauen, haben wir uns angewöhnt, sie in erster Linie unter ihrer Funktion als Erwerbstätigkeit zu betrachten. Was aus der historischen Entwicklung folgt, führt unter den sozialpolitischen und ökonomischen Entwicklungen der jüngeren Zeit zu fatalen Konsequenzen für die Autonomie der Erwerbswilligen – Paradoxerweise gerade jetzt, wo der Ruf nach *Eigenverantwortung* immer lauter geworden ist.

Eigenverantwortung und Selbstbestimmung sind zwei völlig verschiedene Paar Schuhe. Eigenverantwortung ist nämlich eine Forderung, die von zwei Seiten wie eine Zange an die Arbeitenden und Arbeitssuchenden angelegt wird. Die (vor allem größeren) Unternehmen auf der einen Seite verändern die Arbeitsorganisation zunehmend in Richtung auf den flexiblen Beschäftigten, dem immer mehr Aufgaben des Managements seiner eigenen Tätigkeiten aufgetragen werden.<sup>4</sup> Die Politik zum anderen stellt der Flexibilisierungsstrategie die Anforderung der sogenannten *Aktivierung* an die Seite, nach der jede Erwerbsperson sich beweglich, lernfähig und vor allem bereit halten soll, ihre Berufsbiographie den Gegebenheiten anzupassen, kurz gesagt: sich aktiv zu halten. Aktivierungspolitik ist demnach ein Prozess, „im Zuge dessen Werte wie Selbstbestimmung und Eigenverantwortung einseitig in den Dienst gesellschaftlicher Ansprüche an das Individuum genommen werden, deren Nichterfüllung wiederum sozial geächtet und bestraft wird.“<sup>5</sup>

Von beiden Seiten tönt also der Ruf „Wir wollen mehr von dir auf dem Markt sehen! Biete mehr von dir an!“ und „Wenn es mit der Arbeit nicht klappt, bist du selber schuld.“ Flexibilisierung und Aktivierungspolitik lau-

---

<sup>4</sup> Hans Pongratz und Gerd Voß (2004): *Arbeitskraftunternehmer*, Berlin (edition sigma)

<sup>5</sup> Stephan Lessenich (2008): *Die Neuerfindung des Sozialen*, Bielefeld (transcript), Seite 96

fen gemeinsam auf eine verstärkte *Anleitung zur Selbststeuerung* hinaus, um einen Foucaultschen Terminus zu gebrauchen. Unterm Strich heißt das neue Motto für jeden einzelnen Bürger: mehr Verantwortung, mehr Eigenorganisation, mehr Risiko. Denn je weiter sein persönlicher Grad an Tragfähigkeit überschritten wird, desto prekärer wird seine Situation. *Eigenverantwortung* zwingt Arbeitende und Arbeitssuchende gleichermaßen, die Grenzen ihrer Fähigkeiten und Erduldungsspielräume zu überschreiten und drängt sie so in die Überforderung. Zudem schränkt sie ihre eigenständige Ziel- und Mittelformulierung ein.

Auf diese Weise wird die zuerst nach Freiheit klingende *Eigenverantwortung* zu einer Konstruktion, die mehr Druck ausübt, als sie Chancen auf ein gelingendes Leben eröffnet. Selbstbestimmung wird zu einem Paradox: Andere bestimmen, dass ich selbstbestimmt zu arbeiten habe. Das perfide daran ist, dass der Druck wie eine gesellschaftliche Errungenschaft daherkommt, als nie da gewesene Chance auf *Entfaltung* im Job. Dabei ist sie im Grunde ein abstrakter Zwang, auch für diejenigen, die jetzt tatsächlich mehr Entscheidungsfreiheit haben: Kein Chef zwingt sie, ihre Leidenschaften zum Beruf zu machen, der Wandel des Arbeitsmarktes aber wohl. Und: Bei den Arbeitssammlern ist der Kontrolleur im Hinterkopf besonders wirksam, also gerade dort, wo die Freiheit am größten zu sein scheint. Einen Vorteil haben sie allerdings: Sie können aufgrund ihres höheren Qualifikationsniveaus und ihrer vielfältigeren Kompetenzen besser als andere Erwerbstätige mit der Situation umgehen und haben mehr Möglichkeiten, dennoch konstruktiv eine erfolgreiche Berufsbiographie zu schneiden. Es wird also weiter diejenigen geben, die in der Arbeit freier sein wollen (und im Eigenverantwortungsparadigma Chancen sehen), und diejenigen, die zum Mitmachen gezwungen sind (und überfordert

## 5 Welche Arbeit darf's denn sein?

werden). Läuft entlang dieser Linie in Zukunft ein neuer Bruch durch die Gesellschaft?

Die Frage, die wir uns in der jetzigen Situation endlich ernsthaft stellen sollten, ist: Wie wollen wir arbeiten, wenn uns die (bezahlte) Arbeit allmählich ausgeht? Wir brauchen neue Orientierungen, die den alten Stützpfeiler des sogenannten *Normalarbeitsverhältnisses* ergänzen. Das Thema der Selbstbestimmung in der Arbeit ist dabei ein Scharnier, um das herum sich – wie wir oben gesehen haben – viele drängende Fragen bewegen. Diesen Punkt dürfen wir nicht als Luxusproblem für Selbstverwirklicher abtun, nicht, wo wir ohnehin schon dabei sind, eine Menge Freiheiten leichtfertig aus der Hand zu geben (zugunsten der Terrorabwehr, der Freizeit, der Bequemlichkeit, der Konsumchancen, und so weiter), um dafür zivilisatorischen Talmi einzutauschen (ein trügerisches Gefühl der Sicherheit zum Beispiel).

Wir müssen aktiv für selbstbestimmte Arbeit antreten. Sie kommt entgegen jüngster Beschwörungen in der Literatur nicht von allein. Wir müssen jetzt nach den biographischen, politischen und sozialen Bedingungen fragen, unter denen selbstbestimmte Arbeit möglich wird, feststellen, ob sie schon gegeben sind und wie wir sie herstellen und stärken können.

In die richtige Richtung würden wir uns bewegen, wenn wir...

- runterkommen von der alten Idee von Arbeit: *9-to-5, von 15 bis 65* (oder 67, je nach aktuellem Renteneinstiegsalter), eine Ausbildung – eine Laufbahn, Sicherung gegen existenzielle Risiken hängt komplett am Erwerbsstatus.

- Raum schaffen statt zu *aktivieren*, indem wir: die eigenen Ressourcen und Kompetenzen aufwerten, die Realisierung von Beschäftigungsideen vereinfachen und Barrieren gegen Initiativen beseitigen, Ängste nehmen, Überforderung erkennen helfen und Überforderte unterstützen.

Freie Arbeit heißt: Selbstbestimmung für alle, so viel sie können und wollen. Nur so wird aus dem Ruf nach Eigenverantwortung eine tragfähige und gerechte neue Arbeitswelt.



# 6 Prediction Markets – Vorhersagemärkte für die Politik

*Jens-Wolfhard Schicke*

## Ziele und Wege

Klassische politische Systeme, so auch das deutsche, ermöglichen es den selben Gremien die Ziele der Politik zu redefinieren, die auch die Umsetzungsmöglichkeiten, also Wege diese Politik durchzusetzen, eruieren. Im üblichen politischen Diskurs sind diese beiden Aktivitäten kaum voneinander zu unterscheiden. Dadurch kommt es in der politischen Debatte zu zahlreichen Schwierigkeiten, da zwischen Fehlern in der Zielsetzung und Fehlern in der Umsetzung nicht sauber getrennt wird. Zunehmend wird außerdem sichtbar, dass die in den Parlamenten formal die Entscheidung treffenden Politiker die öffentlich proklamierten Ziele oft nicht erreichen, entweder weil die sie nicht über die notwendigen Sachinformationen ver-

fügen oder weil sie neben den öffentlich vertretenen Zielen noch andere verfolgen.

Der Bundestag besteht zu großen Teilen aus Juristen, Lehrern und Verwaltungsbeamten, und weist einen relativ hohen Altersdurchschnitt auf.<sup>1</sup> Schon allein daraus ergibt sich, dass neuere Erkenntnisse und Entwicklungen erst nach relativ langer Zeit größeren Einfluss auf die Entscheidungen des Bundestags nehmen. Gleiches gilt für Erkenntnisse, die nur auf bestimmte Spezialgebiete Einfluss haben können, da die Parlamentarier notgedrungen Generalisten sind. Andererseits haben unsere Politiker jahrelange Erfahrung im Aushandeln von Kompromissen und eine relativ gute Einschätzung darüber, welche Ziele die Bevölkerung am liebsten erreicht sehen möchte, wie durch zahlreiche Wahlversprechen belegt.

Verschiedene politische Parteien stehen letztlich für verschiedene Werte, die ihnen in der Regel vergleichsweise eindeutig zugeordnet werden können. Oft vermischt sich bei einer Wahl aber die Entscheidung über gewünschte Werte und gewünschte konkrete Maßnahmen, da die Kandidaten beides in einem repräsentieren. Diese Probleme können gelöst werden, in dem die Zielsetzung und die Wegfindung zu diesen Zielen getrennt werden: Der klassische Politiker bzw. die politischen Parteien behalten die Aufgabe der Zieldefinition, um in Zusammenarbeit mit ihren politischen Gegnern Kompromisse über erwünschte Ziele aushandeln, die dann öffentlich bekannt gemacht werden. Wie diese Ziele erreicht werden, bestimmt dann ein anderer Prozess, der von der Politik weitgehend entkoppelt ist, und allein darauf optimiert, das Ziel möglichst exakt zu

---

<sup>1</sup> [http://www.bundestag.de/bundestag/abgeordnete17/mdb\\_zahlen/Berufe.html](http://www.bundestag.de/bundestag/abgeordnete17/mdb_zahlen/Berufe.html) und [http://bundestag.de/bundestag/abgeordnete17/mdb\\_zahlen/altersgliederung.html](http://bundestag.de/bundestag/abgeordnete17/mdb_zahlen/altersgliederung.html).

erreichen. Ein möglicher Prozess dafür wird im Rest dieses Beitrags vorgestellt, aber auch andere wären denkbar.

Dies würde es der Bevölkerung ermöglichen, relativ genau nachzuvollziehen, welche Ziele welcher Politiker verfolgt, den Parlamentariern die Aufgabe abnehmen, sich bis ins Detail mit Sachfragen zu beschäftigen, die stattdessen von denjenigen Experten beantwortet werden könnten, die sich mit dem Thema auskennen, und es außerdem schwieriger machen, durch die Umsetzungsdetails andere Ziele zu erreichen, als die offiziell proklamierten.

## Prediction Markets

Marktwirtschaft in unterschiedlicher Ausprägung, also das freie Verhandeln von Preisen zwischen verschiedenen mächtigen Handelspartnern bei gleichzeitig mehr oder weniger gesicherter Verhinderung von Monopolen, ist der bisher beste bekannte Weg, Informationen der verschiedenen Beteiligten dergestalt zu vereinigen, dass Ressourcen möglichst nutzbringend eingesetzt werden. Das Prinzip des Marktes findet unter anderem Anwendung bei der Verteilung von Waren, Rohstoffen und Arbeitskraft.

Ab einem bestimmten Freiheitsgrad finden sich an einem Markt auch immer Spekulanten, die – ohne ein Interesse an den eigentlich gehandelten Waren zu haben – am Markt teilnehmen um einen wie auch immer gearteten Gewinn zu realisieren. Letztlich basieren Spekulationen immer auf der Erwartung eines in Zukunft geänderten Wertes irgendeiner Ware. Das Verhalten von Spekulanten trägt nicht unwesentlich dazu bei,



dass der Markt liquide und Handel somit fast jederzeit möglich bleibt. Gleichzeitig ziehen sie auch Gewinn aus Irrationalität oder Illiquidität anderer Marktteilnehmer. Letztlich sind aber alle spekulativen Geschäfte eine Wette auf die zukünftige Entwicklung eines bestimmten Aspekts der Welt. Und dieses Prinzip kann – und sollte – auch ohne zugrundeliegende Ware genutzt werden. Das ist die Grundidee von Prediction Markets<sup>2</sup>, an denen Wetten über den zukünftigen Wahrheitsgehalt verschiedener Aussagen gehandelt werden, letztlich um über aus dem Kurs abzuleiten, wie wahrscheinlich die Aussagen wahr oder falsch sein werden.

Ein klassisches Problem des (politischen) Diskurses ist die Unmöglichkeit innerhalb der begrenzten Zeitspanne alle Informationen bekannt zu machen, die nötig sind, um eine Aussage zu belegen. Entsprechend leicht ist es, beliebigen Falschaussagen einen ebenbürtigen Platz in der Diskussion ein zu räumen – im Zweifelsfall mit der Methode des *Fear, Uncertainty and Doubt*. Falschaussagen auch absichtlich zu machen, kostet nicht mehr Aufwand und nur wenig mehr Ansehen, als korrekte Aussagen.

Dieses Problem kann vermieden werden, in dem das Gewicht quantifizierbarer Aussagen (und nur solche sollten eigentlich im politischen Diskurs eine Rolle spielen) durch Wettangebote erhöht werden. Anstatt also *A* als Aussage zu akzeptieren, bietet es sich an nur Angebote wie *Ich wette 0,8 gegen 0,2 Euro, dass A stimmt.* zu berücksichtigen. Je nachdem wie sicher sich derjenige ist, der die Behauptung aufstellt, kann er mehr oder weniger gute Wettquoten anbieten. Eine falsche Behauptung als sicher wahr darzustellen, führt dazu, dass viele die Wette halten und somit zu Verlust. Gleichzeitig erzwingt die Wette, dass die Aussage etwas

---

<sup>2</sup> <http://www.arlingtoneconomics.com/studies/promise-of-prediction-markets.pdf>

über eine konkret in der Zukunft beobachtbare Eigenschaft der Realität aussagt, und nicht rein abstrakt bleibt. Dieses Prinzip funktioniert am besten, wenn mehrere Leute ihre Informationen über den Wahrheitsgehalt der Aussage *A* dazu nutzen, Wetten anzubieten und einzugehen. Um dabei die Transaktionskosten und somit den Spread zwischen Befürwortern und Gegnern der Aussage möglichst gering zu halten, bietet es sich an, diese Wetten nicht im persönlichen Gespräch sondern auf einer automatisierten Handelsplattform abzuschließen. Eine Standardisierung der Aussagen ermöglicht außerdem das einfachere Erstellen von Derivaten und Funds, die es ermöglichen einfacher auf korrelierte Aussagen als auch auf Korrelationen selbst zu wetten.

Das gerade aus dem Internet bestens bekannte Phänomen des Trolleys wird ebenfalls beseitigt, da die mit ihren Aussagen verbundenen Wetten die Trolle zu einem beliebten Ziel für Spekulanten machen. Je dümmer der Troll, desto größeren Gewinn verspricht die *Jagd* auf ihn (also das Annehmen seiner Wetten). Gleichzeitig führt der kontinuierliche Verlust am Markt bei Trollen noch vor Geld- zu einem Motivationsverlust und somit zu einem gewissen Selbstreinigungseffekt des Systems.

Um eine möglichst effiziente Zusammenführung von Informationen zum Wahrheitsgehalt einer gegebenen Aussage zu erhalten, müssen die Kosten, die mit der Teilnahme an einem entsprechenden Markt verbunden sind, minimiert werden. Durch das Internet entfallen praktisch alle Kommunikationskosten. Wird der Markt mit internen Konten und ohne Transaktionsgebühren realisiert, entfallen auch jegliche Verwaltungskosten. Für die Marktteilnehmer bleiben der Aufwand, die Informationen zu erfahren, die sie einbringen wollen, der Aufwand, abzuschätzen, welche Infor-

mationen bereits im aktuellen Kurs wiedergespiegelt werden, sowie der Aufwand sich mit wahrscheinlichkeitstheoretischen Überlegungen soweit auseinander zu setzen, dass sie berechnen können, welcher Kurs sich aus den von ihnen angenommenen Informationen ergeben müsste. Der letzte Punkt dieser Aufzählung lässt sich zu Teilen durch eine geeignete Implementierung der Marktplattform verringern, in dem möglichst aussagekräftige Analysen automatisiert bereit gestellt werden.

Prediction Markets existieren bereits real, wenn auch oft nicht in der idealen Form, da sich die beteiligten Firmen durch Transaktionsgebühren finanzieren.<sup>3</sup> Es hat sich empirisch gezeigt, dass diese Märkte sehr gut in der Lage sind, die Wahrscheinlichkeit für das Eintreffen von zukünftigen Ereignissen vorherzusagen.<sup>4</sup> Der Vorschlag ist nun, Prediction Markets als denjenigen Prozess zu verwenden, der von der politischen Zieldefinition zum Umsetzungsweg führt.<sup>5</sup> Wurde ein politisches Ziel definiert, werden mögliche Umsetzungsmöglichkeiten generiert, und für jede solche Möglichkeit Wetten darüber abgeschlossen, ob das Ziel erreicht wird, falls diese Möglichkeit tatsächlich umgesetzt wird. Dann wird diejenige Möglichkeit in die Praxis umgesetzt, deren Kurs die höchste Wahrscheinlichkeit für die Erreichung des Ziels angibt, und die anderen Märkte vollständig rückabgewickelt. Kapital bleibt also nur dort gebunden, wo tatsächlich eine Möglichkeit zur Umsetzung gebracht wurde. Sobald feststeht, ob das Ziel

---

<sup>3</sup> <http://www.intrade.com>, [http://www.strategypage.com/prediction\\_market/predictions.aspx](http://www.strategypage.com/prediction_market/predictions.aspx), <http://inklingmarkets.com>, <http://www.ideosphere.com/>, <http://googleblog.blogspot.com/2005/09/putting-crowd-wisdom-to-work.html> und Michael Abramowicz (2008): Predictocracy

<sup>4</sup> Joyce Berg und andere (2008): Prediction market accuracy in the long run (Aufsatz in *International journal of forecasting*, Nummer 2, Seite 283–298 und Stefan Luckner und andere (2008): On the forecast accuracy of sports prediction markets (Aufsatz in Will Aalst und andere (Herausgeber): *Negotiation, auctions, and market engineering*, Seite 227–234)

<sup>5</sup> <http://hanson.gmu.edu/futarchy.html>

erreicht wurde, werden die Wetten entsprechend dem dann feststehenden Wahrheitsgehalt der Aussage ausgezahlt.

## Risiken und Nebenwirkungen

Wird die politische Entscheidungsfindung über Prediction Markets abgewickelt, findet sich z. B. bei Infrastrukturprojekten der Effekt, dass sich trotz Verlusten auf dem Vorhersagemarkt für den Auftragnehmer ab einer gewissen Auftragssumme insgesamt ein Gewinn ergibt. Dem könnte in Teilen dadurch entgegen gewirkt werden, dass eine Kopplung von Vorhersage- und Geldmarkt untersagt wird, wobei allerdings ein derartiges Verbot schwer durchzusetzen sein wird. Letztlich ergibt sich also die Möglichkeit eines Kaufs von Einfluss. Andererseits existiert diese Möglichkeit real auch im jetzigen politischen System, nur dass die Einstiegshürden derart hoch sind, dass nur größere Kapitalbesitzer von dieser Möglichkeit Gebrauch machen können und deshalb Einfluss preiswerter ist, als er es bei niedrigeren Einstiegshürden und somit größerer *Nachfrage* wäre. Der Kauf von Einfluss wird bei größeren Märkten zunehmend schwieriger, da sich die Menge an Kapital, die sich gegen die Vergabe eines Auftrags an eine objektiv ungeeignete Firma wendet, fast beliebig groß werden kann. Je schlechter eine Firma geeignet ist, einen Auftrag auszuführen, desto teurer wird für spezifisch diese Firma auch der Kauf des Auftrags.

Ein anderes Problem geldbasierter Prediction Markets ist der gerade bei langfristigen Vorhersagen schlechte Return of Investment durch Inflationsverluste. Dies kann entweder dadurch korrigiert werden, dass das Wettkapital nicht bei Abschluss der Wette sondern erst bei der Entschei-

derung fällig wird, oder in dem Wetteinsatz während der Laufzeit der Wette verzinst angelegt werden. Ein ganz anderes Problem einer derartigen Gestaltung eines politischen Systems ist die Frage, inwiefern Politiker auch motiviert sein würden, ihre Aufgabe zu erfüllen. Im aktuellen System sind als Gründe des Politikerdaseins vor allem Ansehen, Einfluss, Geld sowie Idealismus zu nennen. Von diesen vier werden in dem hier vorgeschlagenen System vor allem Einfluss und damit auch Ansehen zurückgehen. Inwieweit dies Auswirkung auf die Qualität der Politiker haben wird, traue ich mir nicht zu beurteilen.

Gerade kurz nach der Einführung von Prediction Markets wird es oft dazu kommen, dass simplistische Zielvorgaben zu absurden Lösungen führen. Das Ziel möglichst viele Abiturienten auszubilden, lässt sich beispielsweise trivial durch radikale Absenkung der Anforderungen erreichen. Um derartigen Fehlern vorzubeugen, wird es nötig sein, den Politikern zu erlauben, Umsetzungsvorschläge abzulehnen, und stattdessen eine Neudefinition der Ziele vorzunehmen, um so iterativ zu dem eigentlich gemeinten Ziel zu gelangen.

Ungeklärt ist außerdem, wie die bisher postulierte Generierung von Umsetzungsmöglichkeiten von statten geht. Da die besten Umsetzungsmöglichkeiten vermutlich von Experten auf den jeweiligen Gebieten stammen werden, müssen Möglichkeiten gefunden werden, nicht nur die Bewertung sondern auch die Einreichung neuer Vorschläge für jeden zu öffnen. Gleichzeitig darf es nicht zu einer überanzahl neuer Vorschläge kommen, die nur geringe Wahrscheinlichkeit haben, zum Ziel zu führen. Daher sollte die Einreichung eines Umsetzungsvorschlags mit gewissen Kosten verbunden sein, idealerweise in Abhängigkeit von der Wahr-

scheinlichkeit der vorher eingereichten Vorschläge. Eine Möglichkeit dazu ist, nur Vorschläge zuzulassen, die mit einem gewissen Mindestvolumen an Wettangebot einhergehen, dessen Kurs besser ist, als die aktuellen Kurse aller anderen Vorschläge.

An einem Vorhersagemarkt ergeben sich Gewinnmöglichkeiten naturgemäß ausschließlich aus einem Informationsvorsprung gegenüber den anderen Marktteilnehmern. Dementsprechend wäre es kontraproduktiv Insidertrading im klassischen Sinne zu verbieten. Stattdessen schlage ich vor, die Abgabe und Annahme von Angeboten mit einem öffentlichen Kommentar versehen zu können.

Jeder Marktteilnehmer hat ein Interesse daran, einen derartigen Kommentar abzugeben, da er tendenziell dazu führen wird, dass sich der Kurs derart verändert, dass auch kurzfristige Gewinne realisierbar sind. Gleichzeitig sammelt die Marktplattform auf diese Weise nicht nur die Wahrscheinlichkeit für eine bestimmte Aussage, sondern auch die Argumente, die zu der aktuellen Annahme über die Wahrscheinlichkeit geführt haben. Diese Informationen dokumentieren die Vor- und Nachteile einer bestimmten Umsetzungsvariante und bieten außerdem später eintretenden Marktteilnehmern eine Übersicht über die bereits in den Marktpreis eingeflossenen Informationen.

Was allerdings auch am Vorhersagemarkt verboten sein muss ist das Mitbieten auf Ereignisse, deren Eintreten der Marktteilnehmer mehr als im üblichen Maße beeinflussen kann, da sonst der Handel für alle anderen uninteressant wird.

## **Ausblick**

Viele Probleme der politischen Entscheidungsfindung erfordern Lösungen die in Wirklichkeit aus potentiell hunderten Detaillösungen zusammen gesetzt sind, deren Optima sich hauptsächlich aus lokalen Informationen ergeben. Als Beispiel sei hier die Planung für neue Radwege einer Stadt genannt. Einige Teile der Lösung, z.B. Asphaltauswahl, sind eher globaler Natur, wohingegen z. B. die Frage der Geometrie sehr von den jeweiligen Gegebenheiten abhängt. Gleichzeitig ändern verschiedene Umsetzungsmöglichkeiten eines Details die Gesamtwahrscheinlichkeit für die Erreichung eines Ziels nur unwesentlich. Hier bietet es sich an, Wetten auf lokale Umsetzungsmöglichkeiten als Derivate der Gesamtzielerreichung zu realisieren, um die optimale lokale Umsetzung möglichst klar identifizierbar zu machen.

Um ein politisches System auf Prediction Markets umzustellen bietet es sich an, langsam vorzugehen und mit der Bereitstellung eines reinen Vorhersagemarktes ohne Entscheidungsbefugnisse zu beginnen, diesen danach langsam stärker in der politischen Entscheidungsfindung zu berücksichtigen und erst dann diesem Markt irgendwelche formalen Befugnisse zu übertragen. Zum einen erfolgt auf diese Weise eine Erprobung der Praxistauglichkeit dieses Systems was die Akzeptanz deutlich erhöhen wird, zum anderen werden diejenigen Menschen vom Markt vertrieben, deren Einschätzungen der Wahrscheinlichkeit von Ereignissen nicht positiv mit der Realität korreliert.

Alternativ zur Entscheidungsfindung durch einen Markt über die beste Möglichkeit ein Ziel zu erreichen, kann das Prinzip auch genutzt werden,

um vorherzusagen, wie nach der Umsetzung einer Maßnahme beurteilt wird, ob sie sinnvoll war<sup>6</sup>. Dies kann insbesondere dazu genutzt werden, basisdemokratische Meinungen abzuschätzen, ohne tatsächlich eine Urabstimmung durchführen zu müssen. Dazu wird darauf gewettet, ob eine zufällig ausgewählte Person aus der eigentlich stimmberechtigten Menge eine Maßnahme z. B. 6 Monate nach ihrer Umsetzung positiv beurteilt. Durch die Informationssammlung durch die Marktteilnehmer sowie die seit Umsetzung der Maßnahme vergangene Zeit sowie die Spezialisierung auf diese eine Frage ist diese Person deutlich besser in der Lage, die Güte einer Maßnahme zu beurteilen, als dies einem üblichen Basismitglied möglich ist. Bei tatsächlichen Streitfragen zu Werten entspricht die Wahrscheinlichkeit einer nachträglich positiven Beurteilung den Mehrheitsverhältnissen an der Basis. In einem derartigen System wird der Markt also dafür genutzt, eine gut informierte Basismeinung vorherzusagen, ohne dass diese tatsächlich jemals formuliert werden muss.

---

<sup>6</sup> Michael Abramowicz (2008): Predictocracy, New Haven (Yale University Press)





# 7 Ideologie und Emanzipation. Oder: Wieso die Piraten nicht post-Ideologisch sein können

*Julia Schramm*

Der Begriff Ideologie stammt aus der Zeit der französischen Revolution und erlebte drei begriffliche Taufen. In Gefolgschaft der französischen Revolution setzten sich die so genannten *Idéologues*, ein Neologismus analog zur Ontologie, nach dem Sturz der Jakobiner das Ziel eine analytische Wissenschaft von Ideen einzuführen. Also die Frage nach der Entwicklung und den Elementen der Metaphysik. Als nächster Taufpate wird Napoleon verstanden, der diese Ideologen, den Werten der Aufklärung verbunden, herablassend verspottete – und schließlich als Kampfbegriff nutzte um seine Gegner zu diffamieren. Jeder Widerspruch gegen ihn galt als Ideologie. Schließlich nahm sich auch Karl Marx dem Begriff Ideologie an und arbeitete heraus, dass Ideen von den Herrschenden zur Zementierung ihrer Herrschaft genutzt wurde. So münzte er seine Klassenkampftheorie um und erklärte die Ideologie zum Kampfbegriff gegen die herrschende Klasse. Man kann also erkennen, dass bereits im 18. und 19. Jahr-

## *7 Ideologie und Emanzipation*

hundert der Begriff sehr verschiedene Bedeutungen hatte. Dem folgend ist auch die Forschung mit diesem Begriff weitläufig und unordentlich – geprägt von verschiedenen Herangehensweisen und Interpretationen.

Die marxistische Dimension der Ideologie lasse ich an dieser Stelle aus und versuche stattdessen, die Ideologie als immanentes Gegenstück zur Religion zu erarbeiten. Dafür muss zunächst der Unterschied zur Religion dargestellt werden: Religionen sind seit Jahrhunderten oder Jahrtausenden im Wandel und haben ganze Gesellschaften geprägt und aufgebaut, während Ideologien künstliche Gebilde einer modernen, säkularisierten Marktgesellschaft sind. Ideologien tauchen in diesen Gesellschaften als Antwort auf eine Krise der Religion auf. Beobachten kann man dies in erster Linie seit der europäischen Neuzeit, als Gott seine Omnipotenz zunehmend verlor und ein Glaubenswettbewerb begann. Die Spaltung der römischen Kirche öffnete diesen Wettbewerb. Alternative Erklärungsmodelle für die Gesellschaft, ihre Mechanismen und ihre Zukunft wurden entwickelt – das 19. Jahrhundert wurde zum Zeitalter der Utopie. Doch nicht nur das: Viele meinten, mit Ideologien die Werkzeuge für den richtigen Weg der Menschheit gefunden zu haben, den gesellschaftlichen Schlüssel zum Frieden, zum idealen Ende der Menschheit.

Die Rolle Gottes wurde nun der Geschichte, der Rasse, einer Idee oder einer Person zugeschrieben und am Ende dieses Jahrhunderts der Utopien stand das Zeitalter der Extreme, wie es Eric Hobsbawm ausdrückt. Als Ideologien haben sich in diesem Zusammenhang vor allem der Nationalsozialismus und der Kommunismus erwiesen, an deren Beispielen die neuere Forschung in erster Linie orientiert war und ist. Auch der Islamismus wird zunehmend als Objekt des Interesses gehandelt und untersucht.

Was die literarische und wissenschaftliche Auseinandersetzung mit den totalitären Erfahrungen des 20. Jahrhunderts jedoch gezeigt hat, ist eine gesellschaftliche Funktionalität von Ideologie und Religion. Das menschliche Bedürfnis nach Sinnstiftung entspringt, so Voeglin, in seiner Kreatürlichkeit, so dass er eine höhere Ordnung braucht um seine Existenz zu erklären. Der Geist ermöglicht es über die bloße physische Existenz hinaus denken zu können, so dass der Mensch in der Spannung zwischen Transzendenz und Immanenz lebt und sich seine Existenz in einer Zwischensphäre abspielt. In einer höheren Ordnung einen Platz zugewiesen bekommen stillt die quälende Frage nach dem Sinn des Lebens. Die religiöse Transzendenzenerfahrung ermöglicht es dem Menschen auf einem intellektuell anspruchslosen Niveau diese transzendente Sehnsucht zu stillen. Im Verhältnis zu Gott kann man zu der inneren Ordnung und dem inneren Sein gelangen.

Hierbei handelt es sich in erster Linie um eine emotionale Erfahrung, welche die Ideologie zu replizieren versucht, jedoch ohne einen transzendenten Bezug. Gerade in kollektiven Massenergebnissen scheint die Grenze zur Transzendenz immanent erreicht zu sein. Wesentlich für eine erfolgreiche Ideologie ist somit die Inklusion, als auch die Exklusion in Form der Erzeugung von Einzigartigkeit für den Einzelnen. Mein (imaginärer) Freund im Himmel oder der Reichskanzlei, gibt mir eben dieses Gefühl der Einzigartigkeit und gleichzeitig das Wissen Teil eines sinnhaften Ganzen zu sein.

Der Machtverlust der transzendenten Ebene in der modernen Gesellschaft, ausgelöst u.a. durch Industrialisierung, das aufkommende Bürgertum und die französische Revolution, führte zu einer Verweltlichung der

## *7 Ideologie und Emanzipation*

Religion, was wiederum eine massiven Entmystifizierung mit sich brachte. Die Entzauberung der Welt, wie es Max Weber richtig erfasste. Und so ist die Religion und die Ideologie eine Form die Welt zu erfassen, denn beide wirken sinnstiftend. Unterschiede gibt es wesentlich in ihren Bezügen, nicht aber in ihrer Funktion, ihren Institutionen, den Verhaltensweisen, die sie bei ihren Anhängern hervorrufen. Die Ehrfurcht vor Gott wird in der Ideologie, wo der Mensch zum Gott erklärt wird, zur Ehrfurcht vor dem Führer der ideologischen Bewegung. Denker wie Voeglin schlossen daraus, dass eine christliche Gesellschaft somit weniger Schaden anrichten würde, frei nach dem Motto: Besser Christ, als Nazis. Und vor allem das Sendungsbedürfnis ist sowohl bei Religionen, als auch Ideologien stark. Schließlich will man die Wahrheit mitteilen, wenn man glaubt sie zu kennen. Während Religionen einen transzendenten Bezug haben, die Erlösung überweltlich sehen, suchen und finden Ideologien vermeintlich die Erlösung innerweltlich. Das immanente Erlösungsmoment ist das zentrale Motiv der Ideologie: Das Paradies auf Erden schaffen. Und das mit rücksichtsloser Prinzipienhaftigkeit. Und spätestens hier wird dann auch der Bezug zur Piratenpartei klar.

## **Emanzipation als gesamtgesellschaftliche Aufgabe – Post-Ideologie als Politikanspruch**

Man kann also festhalten, dass dem Menschen ein Wunsch nach Sinnstiftung, nach Transzendenz, ja, nach Wahrheit innewohnt und Ideologien dieses Bedürfnis ebenso stillen, wie es Religionen tun. Ein geschlossenes Denksystem ist das Ziel, dass alles sinnhaft macht, dass dem Menschen ei-

ne Funktion im Weltgetriebe zuweist. Katalysiert werden kann das im Wesentlichen von den verschiedensten Bewegungen – Umweltfanatismus oder Promiskuität können dem Leben vermeintlich ebenso Wahrhaftigkeit verleihen. Lösung für diese *transzendente Sehnsucht* ist zweifelsohne eine echte Emanzipation – also das Denken ohne Geländer, ohne geschlossenes Denksystem, ohne Zwänge. Oder wie es Adorno in *Dialektik der Aufklärung* ausdrückt: „Das Bestehende zwingt die Menschen nicht bloß durch physische Gewalt und materielle Interessen sondern durch übermächtige Suggestion. Philosophie ist nicht Synthese, Grundwissenschaft oder Dachwissenschaft, sondern die Anstrengung, der Suggestion zu widerstehen, die Entschlossenheit zur intellektuellen und wirklichen Freiheit.“ Die übermächtige Suggestion kann hierbei als das mittlerweile vielfältige Weltanschauungsangebot verstanden werden, das die Welt in ihrer Komplexität reduziert. Natürlich ist eine gewisse Komplexitätsreduktion notwendig um sich in der Gesellschaft zu orientieren, sobald jedoch eine Patentlösung für das ideale Ende der Gesellschaft vermeintlich erkannt wurde, sind wir schnell bei der Endlösung. Es geht also vielmehr um das Befreien des Denkens von dem Wunsch für alles eine Erklärung, eine Lösung zu haben. Echte Freiheit erweist sich hierbei als anstrengend, als Herausforderung. Die Unfreiheit, das Aufgehen in einem geschlossenen Denksystem, abseits jeder Verantwortung wirkt unter diesen Prämissen verführerisch. Deswegen sind Verschwörungstheorien so spannend und immer wieder präsent. Doch den heiligen Gral, die eine Lösung gibt es nicht. Weder gesellschaftlich, noch politisch. Das Anerkennen von Unsicherheit, Ungewissheit und dass das Sein wohl oder übel das Nichts ist, ist eine wesentliche Aufgabe des Individuums, muss jedoch als politischer Anspruch verankert sein. Konflikte dürfen nicht ausgemerzt

## *7 Ideologie und Emanzipation*

werden, sie müssen institutionalisiert und als Motor des gesellschaftlichen Entwicklung verstanden werden. Ein post-ideologischer Anspruch kann somit nur im Bewusstsein einer zu erwirkenden Freiheit des Denkens verstanden werden – eines Denken der ganzen Komplexität und einer Anerkennung von Unzulänglichkeit. Der Versuch einer Zwangsharmonisierung kann nur in einer totalitären Gesellschaft enden. Post-Ideologie kann so nur den Versuch sich gedanklicher Konstrukte so weit es möglich scheint abzuwenden beschreiben, sich der Situation und der Gegenwart anzunehmen, sie zunächst zu akzeptieren und Lösungen zu finden, die unabhängig von einer höher gelegenen Sinnstiftung sind. Deswegen definiere ich Pragmatismus eben auch als Gegenpol zum Dogmatismus – unter den man in meinen Augen die transzendente Sehnsucht zusammenfassen kann – verstanden werden. Denn nur auf festen Füßen können Ideen ungefährlich gedeihen. Geschlechtsunabhängige Emanzipation, wie oben verstanden, kann und muss ein wesentliches Element einer progressiven Politik sein – muss das Leitprinzip sein, das Ideal. Hier werden auch andere philosophische Strömungen berührt, wie der Existenzialismus z. B. Wichtig ist hierbei zum einen der Anspruch, jedoch auch die bildungspolitische Infrastruktur, denn Politik muss, nach Hannah Arendt, Freiheit ermöglichen. Politische Freiheit existiert in einer Welt jedoch nur, solange die transzendente Ebene nicht ausgeschlossen ist und die entsprechenden Institutionen nicht verbannt werden. Toleranz und Pluralismus, sei es noch so konfliktträchtig ist integraler Bestandteil einer offenen Gesellschaft und muss auch auf kleinster Ebene bereits

## Und wie sieht das im Verhältnis von Internet und Ideologie aus?

Das Internet bietet uns nun eine neue Dimension der Utopie: Eine demokratischere und freiheitlichere Gesellschaft, an der mehr Menschen partizipieren können, entscheiden können: Die Utopie einer besseren Gesellschaft. Am von mir beschriebenen transzendenten Grundbedürfnis des Menschen ändert sich jedoch nichts, so dass sich die Frage stellt: wie katalysiert das Internet dieses Bedürfnis? Wie geht es damit um? Welche Chancen bietet es, welche Risiken entstehen? Das Verhältnis von Ideologie und Internet ist ebenso dual wie ambivalent. Vorteile und Chancen stellen somit auch potentielle Gefahren dar.

Denn Ideologien sind auch immer dichte Kommunikations- und Weltanschauungsnetze. Das Internet nun ermöglicht zum einen eine Dezentralisierung und somit eine stärkere Pluralisierung von Ideen und somit auch Ideologien dar, eine Auflösung scheint denkbar. Die digitale Aufklärung erscheint am Horizont. Mehr noch kann jeder seine individuelle Form der Ideologie erstellen. Ideologien ermöglichen, wie bereits angeführt, eine funktionale Rolle einzunehmen, die mit der Anerkennung und Wahrnehmung der eigenen Person verbunden ist. Es besteht eine Möglichkeit der radikalen Individualisierung, im extrem gar eine Vereinsamung. Gleichzeitig ergibt sich die Möglichkeit Gleichgesinnte zu finden, mit denen sich wiederum Ideen verknüpfen lassen – die Grundlage für neue, globale Ideologien.

Sein ist Wahrnehmen und Wahrgenommen werden. Das Internet als globales Vernetzungsmedium erhöht hierbei Frequenz, als auch Fluktua-



## *7 Ideologie und Emanzipation*

tion der eigenen Identitätsbildung. Die Kontrolle über das Wahrnehmen steigt ebenso wie die Kontrollmöglichkeit über das Wahrgenommenwerden steigt. Das Internet emuliert gleichzeitig auch das Gefühl in der Welt zu sein, zur Welt sprechen zu können. Der Wunsch nach Einzigartigkeit scheint zum Greifen nahe. Jedoch wird ebenso das Gefühl von Zusammengehörigkeit, das die Ideologie auch immer zu leisten vermag, kreiert. Internet kann in dieser Betrachtung auch selbst zur Ideologie verkommen bzw. wird es wohl von einigen Unwissenden als solches verteufelt! Doch in dieser globalen Plattform der Einzigartigkeit gibt es zunehmend eben auch Angleichungen, so dass die Gefahr globaler Ideologien nicht gebannt ist und sie ggf. mit größerer Verbreitungsmöglichkeit durchzusetzen sind.

Nicht zu vergessen ist dabei, dass das Internet durch seinen dokumentarischen Charakter die Möglichkeit einer umfassenden Aufklärung gibt. Denn das Internet funktioniert als Gedächtnis und liefert dadurch Wissen. Auf der anderen Seite stellt das Internet auch eine Supermall der Ideen dar, in der man sich allzu schnell verlieren kann bzw. isoliert die Bestätigung seiner eigenen Welt findet. Eine inhaltliche Abkopplung von der realen Welt im Internet ist ungleich einfacher als einer inhaltlichen Diskussion in der realen Welt aus dem Weg zu gehen. Das Internet gibt die Möglichkeit einer Parallelwelt, die in sich wiederrum geschlossen ist. Es ist nicht nur das Medium der Aufklärung, auch potentiell das Medium der Ideologieverfestigung. Analog dazu ist der Vorteil des Internets eine Entkörperlichung, die eine pragmatische Herangehensweise, ohne emotionale Beladungen, ermöglichen kann. Persönlich Animositäten, Unsicherheiten können konstruktive Debatten verhindern, so dass eine transhumane Welt optional erscheint. Gleichzeitig gilt jedoch auch das Gegenteilige,

wie die Mailinglisten zeigen – so dass sich vermuten lässt, dass körperliche Barrieren scheinbar Anstand schaffen. Natürlich muss man immer die Medien, die das Internet nutzen, unterscheiden, in diesem Beitrag geht es eher um Tendenzen, Vorstellungen und Ansätze. Grundsätzlich gilt die Frage nach der Herausarbeitung von Werten, abseits einer geschlossenen Gesamtideologie, denn erst Werte ermöglichen eine Gemeinschaft. Jedoch ist eine immaterielle Wertschöpfung ohne transzendenten bzw. sinnstiftenden Bezug sehr schwer und anspruchsvoll. Auch hier gilt, dass ein politischer Anspruch mit der Herausarbeitung von Mechanismen verbunden sein muss, die Werte schaffen.

Ein weiterer Punkt, der als Gefahren für die Ideologien bzw. als Befreiung funktionieren kann ist der zwanghafte Transparenzcharakter des Internets: Alles wird gespeichert, alles ist erfahrbar, alles ist herausfindbar. Wissen wird gespeichert, konzentriert, gefiltert, kritisch hinterfragt und ausgewertet. Die Welt wird sowohl kleiner, als auch größer, die Zeit weniger, als auch mehr. Das Wissen ist so vielfältig und zugänglich wie nie und da alles mit einer erhöhten Beschleunigung. Schneller, größer, besser?

## Literaturempfehlung

- Simone de Beauvoir (1951): Das andere Geschlecht
- Ralf Dahrendorf (2006): Versuchungen der Unfreiheit
- Charles Taylor (2010): Ein säkulares Zeitalter



# 8 Stadt, Land, Datenschutz – Die Urbanisierung der Gesellschaft und die Folgen für Privatsphäre

*Christian Schwarz*

## Einleitung

Mit zunehmender Verbreitung des Internets und anderer Technologien der Datenverarbeitung im Alltag nimmt die Anzahl der Informationen, die über eine Person öffentlich zugänglich sind, immer weiter zu. Datenschützer sind besorgt und befürchten ein Ende der Privatsphäre. Aber einige sehen darin auch eine Chance für eine stärkere Öffnung der Gesellschaft für die Bedürfnisse des Einzelnen. Hier möchte ich diesen Gegensatz beleuchten. Ich berufe mich dabei nicht auf wissenschaftliche Studien oder anderes verlässliches Zahlenmaterial, sondern teile die Gedanken, die zu dem Thema in meinem Kopf herumschwirren und die auf persönlichen Erfahrungen und der Betrachtung der Welt um mich her-

um basieren, und fordere die Leser dazu auf, sich dann selbst Gedanken darüber zu machen.

## **Eingrenzung**

Privatsphäre hat ganz viele Aspekte. Konzentrieren möchte ich mich hier aber nur auf einen Themenkomplex: Schutz bzw. Veröffentlichung persönlicher Daten. Meiner Theorie nach bietet Datenschutz nur einen Workaround, die damit verbundenen Probleme zu lösen. Tatsächliche Lösungen für die Probleme entstehen im Gegenteil dadurch, dass Menschen bewusst auf Privatsphäre verzichten und sich eine Kultur der Öffentlichkeit persönlicher Informationen entwickelt. Den Begriff Datenschutz verwende ich dabei weit gefasst nicht nur für den rechtlich definierten Schutz personenbezogener Daten, sondern allgemein für alle Lösungsstrategien, die Nachteile durch Geheimhaltung von Informationen verhindern möchten.

## **Warum Datenschutz?**

Menschen sind unterschiedlich. Jeder hat eigene Eigenarten, Veranlagungen und Bedürfnisse. Anderssein wird aber innerhalb von Gruppen häufig abgestraft. Wer von den Normen der Gruppe abweicht, wird ausgeschlossen oder verliert seinen Status und seine Anerkennung. In Extremfällen drohen Gewalt und Tod. Datenschutz, also die Möglichkeit seine Eigenarten vor anderen zu verbergen, ist ein Ansatz, diese Nachteile

zu vermeiden. Diese Strategie ist vor allem im ländlichen Raum notwendig. Dort gibt es verglichen mit eher städtisch geprägten Räumen sehr viel mehr Diskriminierung und weniger Toleranz. Im städtischen Raum ist man viel weniger darauf angewiesen, seine Eigenarten zu verstecken, um negative Folgen abzuwehren. Die Eigenarten werden sehr viel eher toleriert oder sogar akzeptiert. Datenschutz nur die zweitbeste Lösung. Letztere Lösungsmöglichkeit ist dem Datenschutzansatz, also dem Verstecken der eigenen Identität, aus vielen Gründen vorzuziehen. Es ist persönlich sehr viel befriedigender, wenn man die eigenen Bedürfnisse und Eigenheiten auch tatsächlich ausleben kann und sich nicht verstecken muss. Sich verstecken zu müssen, führt zu Unzufriedenheit bis hin zu Depressionen, ja sogar Suizid. Am besten ausleben kann man seine Bedürfnisse, wenn man Gleichgesinnte findet. Die Möglichkeit, seine Persönlichkeit offen zu bewerben hilft dabei.

## Stadt vs. Land

Es entsteht die Frage, wo die eigentlichen Unterschiede zwischen Stadt und Land liegen und woraus die unterschiedliche Notwendigkeit für Datenschutz resultiert. Die wichtigste Erklärung sehe ich in der Bevölkerungsdichte und der damit verbundenen unterschiedlich starken Gruppenflexibilität. Woher kommen die Unterschiede zwischen Stadt und Land? Im ländlichen Raum gibt es nur sehr wenige Gruppen, zu denen man gehören kann. Die Auswahl ist sehr eingeschränkt oder existiert gar nicht. Das gilt sowohl für die Arbeit als auch die Freizeitgestaltung und die Familie. Für eine Gruppe, die vor allem durch praktische Zwänge und weni-

ger durch freie Wahl aufgrund persönlicher Übereinstimmungen besteht, ist die Betonung von Gemeinsamkeiten besonders wichtig. Jede Abweichung von der Norm kann nicht toleriert werden. Gruppenmitglieder, die nicht so einfach zu einer anderen Gruppe wechseln können, müssen sich dieser gemeinsamen Kultur unterwerfen und können gar nicht ihren Individualismus ausleben. Jedes Fehlverhalten innerhalb der Gruppe, das zu Ausschluss oder Statusverlust führt, ist eine Katastrophe, wenn es keine Ausweichmöglichkeit in eine andere Gruppe gibt. Deswegen werden alle Gruppenmitglieder besonders bemüht sein, eine solche Situation zu vermeiden. In urban geprägten Gebieten stehen auf kleinem Raum sehr viel mehr Menschen zur Verfügung, mit denen man eine Beziehung eingehen kann. Es ist sehr viel leichter Möglichkeit, eine Gruppe zu finden, die am besten zu den eigenen persönlichen Eigenschaften passt. Gruppen entstehen eher nicht aufgrund lokaler Gegebenheiten, sondern aufgrund gemeinsamer Interessen und kompatibler Persönlichkeiten. Auch ist die Bindung an die Gruppe mit weniger Angst vor Ausschluss verbunden, da jederzeit auch die Möglichkeit besteht, in eine andere Gruppe zu wechseln. Diese größere Gruppenflexibilität erklärt, wieso Menschen im städtischen Raum freier mit ihren persönlichen Eigenarten umgehen können. Basierend darauf laufen dann einige sich selbst und sich gegenseitig verstärkende Prozesse ab:

- Die stärkere Sichtbarkeit von bestimmten Eigenarten erhöht deren Wahrnehmung als *normal*.
- Die Akzeptanz von vielen verschiedenen Eigenarten führt zu einer generell toleranteren Einstellung gegenüber Anderssein.

- Die geringere Abhängigkeit von anderen Menschen führt zu mehr Desinteresse an anderen Menschen, mit denen man nicht direkt etwas zu tun hat und damit auch zu mehr Toleranz von deren Eigenarten.
- Es entsteht ein Klima, indem die Hürde für den Einzelnen, zu seinen Eigenarten zu stehen, sinkt.

## Ländliche Räume in der Stadt

Auch in städtischen Räumen gibt es Milieus, die sich ländlich verhalten, in denen also die Zugehörigkeit zu Gruppen eher durch die Umstände und nicht durch persönliche Interessen und Eigenarten bestimmt ist. Dazu gehören zum Beispiel

- alle Formen von Schulen,
- Migrantenumilieus, wo von innen und von außen Vermischung erschwert wird,
- die *oberen 10.000* der Gesellschaft, die dazu angehalten sind, nur innerhalb der Oberschicht zu agieren und
- die *unteren 10.000* der Gesellschaft, bei denen vor allem finanzielle Probleme und fehlende Bildung die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben erschweren.



## Das Internet als Urbanisierungsmaschine

Das Internet wird in Zukunft flächendeckend überall zur Verfügung stehen und Menschen im ländlichen mit Menschen im städtischen Raum verbinden. Die Frage ist, wie stark es damit auch die städtische Kultur in den ländlichen Raum tragen wird. Ich glaube, dass der Effekt sehr stark sein wird. Ich glaube sogar, dass er die oben beschriebenen Effekte auch im städtischen Raum selbst noch verstärken wird. Mit dem Internet hat man auf einen Schlag bis zu 6 Milliarden Menschen, mit denen man interagieren kann, in seiner Hosentasche stecken oder auf seinem Schreibtisch stehen. Die Gruppenflexibilität wird dadurch noch mal enorm zunehmen und innerhalb des Internets wird dadurch eine unglaubliche Vielfalt an Individualität entstehen. Auch wenn das *reale Leben* immer noch eine große Bedeutung für die Menschen haben wird und sie dort notwendigerweise einer geringen Gruppenflexibilität unterliegen, wird doch die Kultur des Internets auf das Leben *offline* ausstrahlen und die Diversität dort erhöhen.

## Sinkende Bedeutung von Datenschutz

Datenschutz wird damit stark an Bedeutung verlieren, wenn es um die Frage geht, ob man von Mitmenschen wegen seiner persönlichen Eigenarten diskriminiert oder ausgestoßen wird.

## Staat und Wirtschaft

Noch nicht beantwortet ist damit aber die Frage, ob Datenschutz noch benötigt wird, um sich vor Missbrauch seiner Daten durch Staat und Wirtschaft zu schützen. Staat und Wirtschaft unterliegen beide dem Zwang, Ressourcen effizient einzusetzen. Dabei besteht die Gefahr, dass öffentlich verfügbare Datensammlungen verwendet werden, um Menschen anhand ihrer Daten in Kategorien einzusortieren. Ist das Ergebnis nur zielgruppenorientierte Werbung, ist dies schlimmstenfalls nur lästig, in manchen Fällen vielleicht sogar vorteilhaft. Problematisch wird es dann, wenn Entscheidungen über Menschen aufgrund dieser Einordnung in Kategorien getroffen werden, ohne den Einzelnen zu betrachten (Stichworte Scoring, Bewerbung, Rasterfahndung).

Eine Tendenz hin zu einer offeneren, vielfältigeren und toleranteren Gesellschaft wird sich auch in Staat und Wirtschaft auswirken. Zum einen dadurch, dass Entscheidungsträger eben diese Werte stärker vertreten werden, zum anderen zur Imagepflege. Dies alleine wird aber nicht ausreichen, da unter dem Zwang von Effizienzsteigerung in Wirtschaft und Behörden Entscheider oft Entscheidungen nicht basierend auf ihren persönlichen Werten, sondern eben basierend auf den wirtschaftlichen Notwendigkeiten treffen.

## Lösungsansätze

Das Problem durch eine Rückkehr zu Datenschutz zu lösen, ist nicht erstrebenswert, da es, wie oben gesehen ja die Möglichkeit zum freieren

Umgang mit Daten ist, was die Lebensqualität erhöht. Ansätze über Quotenregelungen oder mit scharfen Antidiskriminierungsgesetzen werden auch nicht funktionieren. Quoten sind an sich schon abzulehnen, da sie ja gerade verlangen, dass Menschen in Kategorien eingeteilt werden, um dann die Quoten anwenden zu können. Für gesetzliche Regelungen lassen sich immer Schlupflöcher finden und bei Entscheidungen ist es extrem schwierig zu beweisen, worauf diese beruhen. Stärkung des Einzelnen gegen Staat und Wirtschaft Die Lösung muss darin liegen, die Macht des Einzelnen gegenüber Staat und Wirtschaft zu stärken, so dass der Einzelne Behörden und Unternehmen auf Augenhöhe begegnen kann. In Bezug auf den Staat bedeutet dies einen konsequenten Ausbau der Bürgerrechte, der staatlichen Transparenz und der Mitbestimmung. In Bezug auf die Wirtschaft sehe ich den erfolgversprechendsten Ansatz im Modell eines bedingungslosen Grundeinkommens, das als Sicherheit bei Verhandlungen gegen Arbeitgeber/Auftraggeber wirkt, und zusätzlich jedem die Grundlage gibt, bei Kaufentscheidungen nicht immer nur auf den Preis achten zu müssen.

## 9 Das radikale Recht des Anderen

*Michael Seemann*

Als Sascha Lobo während der Streetview Diskussion den Begriff der *digitalen Öffentlichkeit* aufbrachte, dachte ich: Was für ein Spin! Statt ständig gegen das subjektive empfundene Bedrohungsszenario des Privaten zu argumentieren, einfach mal die Sache umdrehen und einen positiven Begriff gegenüber stellen, der allen klar macht, was hier auf dem Spiel steht.

Und mehr noch: Die universelle Anwendbarkeit dieser Metapher im netzpolitischen Diskurs ist enorm weitreichend. Sperrige Begriffe wie Netzneutralität bekommen durch die Analogstellung mit dem öffentlichen Raum eine promenadenhafte Leichtigkeit. Und auch in der ewigen Filesharingdebatte scheint ein starker Begriff von *Öffentlichkeit* und dessen formulierten Interesses genau die ethische-moralische – und emotionale (!) – Leerstelle zu besetzen, die den Urheberrechtsgegnern bislang gefehlt hat. (Sorry, Sascha)

Jedoch beschlich mich alsbald auch ein gewisses Unwohlsein mit dem Begriff, seiner Tradition und seiner bisweilen doch sehr unterschiedlichen Verwendung. Nicht, dass er als politischer Kampfbegriff unbrauchbar ist,

## 9 *Das radikale Recht des Anderen*

aber philosophisch-semantic liegt er unrund in der Hand. Martina Pickhardt ist dies als erstes aufgefallen, ich habe auch meine Zweifel geäußert. Der Begriff gehört auf den Prüfstand. Hannah Arendt – das sollte man vorweg sagen – gebührt das Verdienst, den Menschen als erste als im Kern soziales Wesen gesehen zu haben. In der *Vita Activa* beschreibt sie dessen *Conditio Humana* als die eines *per se pluralen* Wesens. Der Mensch kommt nie allein und deswegen ist seine Beziehung zur Gruppe konstitutiv für das menschliche Sein. Die Situation des menschlichen Zusammenseins – der Öffentlichkeit also – ist für Arendt die griechische Polis. Dort ist der Mensch – weit ab von allen Notwendigkeiten (der Ökonomie) und der Herrschaft, die beide im Reich des Privaten liegen – ein freier Mensch. Frei kann der Mensch nur unter Gleichen sein und so ist die Polis ohne jede Hierarchie. Zudem ist es der bewusste Akt der Überschreitung der Schwelle zur Öffentlichkeit, das das öffentliche, freie und darin vor allem das politische Subjekt ausmacht.

Dem entgegen hält Arendt die heute (seit der Neuzeit) vorherrschende *Gesellschaft*. Gesellschaft zeichnet sich dadurch aus, dass sie das Notwendige, also die Ökonomie, in den Bereich des Öffentlichen gerückt habe. Dadurch seien die Sphären durchmischt und kein Mensch mehr frei. Statt des freien Individuums herrscht der konformistische Massenmensch vor und statt dass er sich wie die Menschen in der Polis mit Seinesgleichen misst, misst er sich nur noch am statistischen Durchschnitt. Überhaupt findet Arendt ja die Statistik furchtbar schlimm und als Geißel der Zeit. Ohne ihrer Analyse widersprechen zu wollen, sehe ich die Ursachen der Massengesellschaft durchaus woanders. Schon unser heutiger Begriff von Öffentlichkeit deutet auf einen anderen Schuldigen hin: die Massenmedien. Wenn wir heute von Öffentlichkeit reden, dann meinen

wir das medial Öffentliche. Das was eben mehr oder weniger öffentlich sein kann und dessen Öffentlichkeit sich an so Dingen wie Auflage, Quote oder Klickzahlen misst. Die Öffentlichkeit der Massenmedien – also die großen Sender von Informationen ohne Rückkanal – haben längst die Öffentlichkeit der Orte – der Polis wie die der Marktplätze – als die relevante Öffentlichkeit abgelöst. Niklas Luhmann schrieb im ersten Satz seines Werks *Die Realität der Massenmedien*: „Was wir über unsere Gesellschaft, ja über die Welt, in der wir leben, wissen, wissen wir durch die Massenmedien.“ Sodann begann er die Massenmedien als Funktionssystem der Gesellschaft zu beschreiben, das keine andere Aufgabe hat, als dessen Selbstbeobachtung zu gewährleisten. Dabei betont Luhmann, dass diese Aufgabe eben nicht darin bestünde, ein möglichst wahrheitsgetreues Bild der Gesellschaft zu zeichnen, sondern einfach nur ein anschlussfähiges. Eines das wieder zurück injiziert wird in die Gesellschaft und das anschlussfähig sein muss, um die Kommunikation der Gesellschaft über die Gesellschaft am laufen zu halten. Denn bei Luhmann ist Gesellschaft eben das: ein Diskurs über sich selbst.

Das das Bild der Gesellschaft, das ihr da von den Medien Tag ein Tag aus eingetrichtert wird, gar nicht wahrheitsgemäß sein kann, ist bereits klar, wenn man die begrenzten Mittel betrachtet, die ihnen zur Verfügung stehen. Da wabert ein riesiger, komplexer, amorpher und durch und durch heterogener Schlamm von Menschenmassen vor sich hin und dann soll das ganze durch eine Handvoll Kameras festgehalten werden? Wie wir wissen, ist das unmöglich und so kommt in den Massenmedien nur das, was vermeintlich alle – zumindest aber die meisten – interessiert, vor. Und genau deswegen ist das Bild der Gesellschaft von sich selbst eben das einer *Gesellschaft* im arendtschen Sinn: eines homogenen Gesell-

## 9 *Das radikale Recht des Anderen*

schaftskorpus, der *denkt*, *fühlt* und eine bestimmte Musikrichtung *mag* – so im statistischen Durchschnitt. Und neben dem Mainstream wurde eben auch dieses merkwürdige Gespenst der öffentlichen Meinung geboren, das seitdem für allerlei Moralismen hergezogen wird – als normative Self fulfilling Prophecy. Das alles nur weil sich die Menschen tatsächlich durch das verzerrte Bild ihrer Selbst im Nadelöhr der Massenmedien zwangsvergemeinschaften ließen, in eine Gruppe, dessen unscharfes Bild sie in der Zeitung sahen und das sie wahlweise *Gesellschaft* oder *Staat* oder eben *Öffentlichkeit* nannten. (Es ließen sich an dieser Stelle Untersuchungen auf den Einfluss dieses medialen Selbstbildes auf die sonstigen – auch politischen – Organisationsstrukturen der Menschen anschließen: *Staat* und auch die *repräsentative Demokratie* (Wählerwille) sind folgerichtige Institutionen, die eng an die Evolution der Massenmedien gekoppelt sind.) Und auf einmal kommt das Internet. Es kommt, dann sticht es Millionen Löcher in diesen medialen Gesellschaftsluftballon und die Gatekeeper an den Nadelöhren rufen warnend, dass doch die Illusion von Einigkeit zugrunde gehen könne und dass sie jetzt dringend ein Leistungschutzgeld kassieren müssen, wenn nicht morgen die Demokratie im Eimer sein soll. Ja, die Nadelöhre verlieren an Bedeutung, wenn jeder ein Sender sein kann und die Leute sich wieder untereinander austauschen. Es ist interessant zu beobachten, wie *die Gruppe* als Konzept zerfällt in Netzwerken, in denen Menschen wieder auf Augenhöhe miteinander kommunizieren. Die Masse scheint überwunden und die Kommunikation wieder hierarchiefrei. War die Massengesellschaft also nur ein böser Traum?

## Erleben wir also die Wiederauferstehung der Polis?

Nein! Und da sind wir endlich angelangt beim Kontrollverlust. Der nämlich macht das alles eine Nummer komplizierter. Weil sich die Ordnungsmacht in den digitalen Medien von der Senderseite auf die Seite der Empfänger geschlagen hat und deswegen unsere 10.000 Jahre alten Konzepte der Organisationsstrukturen von Kommunikation auf den Kopf stellt, verschiebt sich auch das, was wir vormals Öffentlichkeit nannten ganz erheblich. Die relationale Datenbank, die mit Hilfe von komplexer Abfragealgorithmen über jegliche Ordnung des Diskurses hinwegfegt, um über alle nur denkbaren Verknüpfungen in Echtzeit zu neuen Ordnungsstrukturen zu gelangen, ist die Blaupause dessen, was den Kontrollverlust ausmacht. Wichtig ist nicht mehr, wo jemand eine Information plaziert, wichtig ist, wann und wer und unter Einbeziehung welcher Faktoren diese abfragt. Wir müssen die Öffentlichkeit von Query her denken. Ein Beispiel: Neulich veröffentlichte jemand in seinem Blog die Vermutung, dass mein Artikel zu Stuttgart 21 ja doch von Ministerpräsident Mappus bezahlt sein müsse. Ich finde das ulkig und die drei Freunde, die sein Blog lesen, wahrscheinlich auch. Und in der Logik der alten Medien wäre eben das schon die Öffentlichkeit dieser Information gewesen. Aber heute wird dieses Posting jeder finden, der bei Google nach meinem Namen sucht (in meinem speziellen Fall allerdings recht weit hinten, bei anderen Leuten wäre das ärgerlicher) – also ein spezielles Interesse an meiner Person hat. Ein Interesse, dass sich in der Eingabe meines Namens in dem Suchfeld von Google ausdrückt und somit Öffentlichkeit jenseits eines klassischen Begriffs von Reichweite herstellt. Und damit dem Sender wegnimmt.



## Wir müssen die Öffentlichkeit von der Googlesuche her denken.

Als weiteres Beispiel sei hier Twitter erwähnt. Mit dem Followingprinzip stellt man sich seine *Query* zusammen, die durchaus sehr komplex – vor allem aber sehr individuell ist. Aus der Liste der Follower wird die Timeline generiert, die eine Wirklichkeit zusammenschraubt, die einzig und alleine von meinen Followingentscheidungen bestimmt ist. Die Realitätskonfiguration, der so eine Timeline dann entspricht, habe ich mal *Distributed Reality* genannt. Ein System, in dem der eine Follower der Follower des anderen ist und so ein Filtersystem mit Filtern von Filtern von Filtern eine in die Tiefe ungeahnte Komplexität erreicht. Eine Maschine, die es fertig bringt, mir alle relevanten Informationen der Welt zusammenzutragen. Relevant für mich, wohl gemerkt. Ich – als Empfänger, als Abfrager, als *Query* – der wie eine Spinne im Zentrum des eigenen Informationsnetzwerkes sitzt und sich seine Informationen *pullt*. Wir müssen die Öffentlichkeit vom Follower her denken.

Zwei Dinge fallen auf:

1. Öffentlichkeit ist Privatsache. So paradox es sich anhört, aber die neue Öffentlich ist das autonomste, eigenste und privateste, was man sich nur vorstellen kann. Auf dem 26c3 wurde auf einem Podium die Wahrheit ausgesprochen: „Zu niemandem ist man ehrlicher, als zu seiner Suchmaschine.“
2. Eine Asymmetrie des Unbekannten. In dieser Privatheit ist die *Query* auf radikale Weise anonym. Sie ist es nicht notwendigenfalls und sie

ist es nicht per se. Aber in der Unendlichkeit ihrer Möglichkeiten entzieht sie sich unseres Zugriffs, ja, sogar unserer Vorstellungskraft. Wir können nicht abschätzen, wie wir abgefragt werden, welche Kriterien dabei eine Rolle spielen, welche anderen Datensätze daran geknüpft werden und wie und in welchem Kontext dann diese Information erscheint. Das alles, was ich Kontrollverlust genannt habe und das Ausdruck eben dieser Asymmetrie ist: eines ewigen Nichtwissenkönnens und eines Nichtvorbereitet seins auf die Query, die da kommen wird.

Der bedeutendste Experte des radikal unbekanntes ist bekanntermaßen Levinas. Ähnlich, wie Hannah Arendt hat er den Menschen von Anfang an und a priori als soziales Wesen definiert. Noch radikaler als Arendt hat er dieses Soziale gedacht. Wo bei Arendt der Bezug zur Gemeinschaft das politische Handeln des Menschen ist, ist bei Levinas der Platz der Ethik – und zwar im Bezug zum Anderen.

Der Andere ist ein Konzept, das den Bezug zur Gemeinschaft wieder herunter bricht zu einem Gegenüber. Es personalisiert das Soziale zum eigentlichen Grundbaustein: das Verhältnis und die Verantwortung zum Anderen. Gleichzeitig bleibt der Andere eine abstrakte Kategorie des Unbekanntes, des Nicht-besitzbaren, des Nicht-wissbaren. Damit ist es strukturanalog mit dem, was wir vorhin die Query genannt haben. Der Andere bei Levinas ist immer der ganz Andere und sprengt so per se jede Vorstellung, die wir von ihm haben. Es ist diese Asymmetrie, die bei Levinas die Ethik überhaupt begründet. Und diese Asymmetrie gilt es bei Levinas nicht nur auszuhalten, sondern sie bürdet uns zudem eine Verant-

wortung auf. Ver-Antwortung, das Gebot des Antwortens, auf den Anderen. Auf die Query des Anderen, wie ich ergänzen möchte.

Der monolithische Öffentlichkeitsbegriff ist Geschichte. Die neue Öffentlichkeit ist der Andere. Wir können uns also diese Öffentlichkeit – wie sie im Internet existiert – gar nicht vorstellen. Und wenn wir es versuchen, liegen wir falsch – per se und per definitionem. So falsch, wie die Wikipedianer, wenn sie festlegen wollen, welche Information *relevant* ist und alles andere löschen. So falsch wie diejenigen, die den Rundfunkstaatsvertrag machen und meinen, bestimmen zu können, wie lange Inhalte vorgehalten werden sollten. So falsch wie der, der seine Hausfassade verpixelt, weil er glaubt, dass er dem Anderen den Zugriff auf diese Daten verwehren darf, weil er zu wissen glaubt, was dieser damit vorhat. In all diesen Fällen wird sich nicht eben an einer allgemeinen Öffentlichkeit vergangen, die in der Tat Dinge in die allgemeine Relevanz erhebt, oder nicht. Nein, hier wird für den Anderen entschieden und zwar ohne Kenntnis seines Interesses, seiner Filter und seiner Kompetenz.

## **Das radikale Recht des Anderen ist die Souveränität beim Filtern**

Ein paar Beispiele für Implikationen, die sich aus dieser asymmetrischen Ethik ergeben:

1. Vorauswahl von Information ist ein Eingriff in die Filtersouveränität des Anderen. Alles, was wir Informationen unzugänglich machen (z.B. durch Netzsperrern), sei es, indem wir Dinge nicht publizieren, indem wir Dinge

zurückziehen, indem wir Informationen löschen, schränkt die Filterfreiheit des Anderen ein. Wir haben dazu kein Recht.

Denn 2.: Es ist es das radikale Recht des Anderen zu beurteilen, was Information ist und was nicht. Wir besitzen nicht die Kriterien und im Zweifel gar nicht die technologischen Voraussetzungen, um zu beurteilen, wie und in welcher Weise bestimmte Daten nützlich sein werden. Das entscheiden zu wollen ist zu jeder Zeit eine Anmaßung.

Und 3. gibt es keine *böse* oder *gute* Information. Niemand hat dies zu beurteilen, niemand hat ein Recht dazu, denn auch hier gilt, dass das einzig und allein die Aufgabe des Anderen ist, zu entscheiden. Auch und vor allem – wie die Modi seiner Reaktion auf *gute* oder *böse* Information ist. Im Zweifel braucht der Andere nämlich *böse* Information, um andere *böse* Information filtern zu können.

Das bedeutet im Umkehrschluss 4., dass innerhalb unserer Informationsethik ein Mehr an Information immer wünschenswert ist. Egal, wie böse oder irrelevant sie uns auch im Einzelfall erscheinen mag. Im Zweifel wird der Andere mit ihrer Hilfe Krebs heilen – wer kann das schon sagen? Wir haben keine Möglichkeit das abzusehen oder auszuschließen. Mit anderen Worten: Wer Informationen von sich preisgibt, abrufbar macht – egal ob es sich um sogenanntes *geistiges Eigentum* handelt oder um private Daten – der handelt ethisch.

Was in der Forderung 5. endet: Alle Schleusen auf! Alle Gesetze, Verordnungen und moralischen Schranken, die der Filtersouveränität im Weg stehen, müssen beseitigt werden. Egal ob Urheberrecht, ein zu krasses Verständnis von Datenschutz, Persönlichkeitsrechte sofern sie sich auf In-

## 9 Das radikale Recht des Anderen

formationen Beziehen, müssen fallen. Sie schränken die freie Konfigurierbarkeit der Filter des Anderen ein.

Die Filtersouveränität des Anderen ist das neue *Interesse der Öffentlichkeit*. Wiewohl die Interessen der Öffentlichkeit mit den Belangen der Privatleute mehr schlecht als recht abgeglichen werden mussten, funktioniert das beim Anderen nicht mehr. Sein Interesse bleibt verborgen und sein Nutzen an Informationen ist grundsätzlich nicht einschätzbar. Und genau deswegen überwiegt es. Denn übermorgen wird sein Nutzen an den Daten von Heute größer sein als morgen. Wir sitzen auf dem Schatz eines zukünftigen Anderen. Ihn mutwillig zu zerstören ist purer Egoismus. (Einer der besten Texte zur Diskussion um Streetview hat Fritten.cc geschrieben. Er hat es geschafft, Streetview und dessen Nutzen vom Anderen her zu denken, indem er selbst in diese Rolle geschlüpft ist. Als er die alten Fotos aus Familienbeständen aus seinem Heimatdorf gegen die Fotos aus der Jetztzeit montierte, bekam er eine leise Ahnung vom radikalen Recht des Anderen.)

Nun kann man zurecht fragen, ob es das schon war, mit der Ethik des Anderen. Nein, noch lange nicht. Die implizite Struktur der asymmetrischen Ausgeliefertheit an den Anderen bedingt – nicht nur bei Levinas – einen durchaus kommunikativen Kanal zum Anderen. Ich nenne ihn den *ethischen Kanal*. Die Überlegung ist einfach: Wenn ich Teil einer Distributed Reality des Anderen bin, dann ist alles, was ich tue und sage, auch ein Statement. Dann ist alles ein Appell an den Anderen, dann bekommt all mein Handeln eine ethische, normative Dimension. Und dieser Appell an den Anderen ist die Ethik einer Ethik. Es ist der Imperativ doch bitte eine Ethik auszubilden, oder einer zu folgen, wenn nicht meiner, so doch

einer anderen, denn der Appell der Filtersouveränität besagt: Entscheide!

Dies wäre der erste Appell: Entscheide! Es ist ein Appell an die Freiheit. Entscheide, wie du filtern willst, entscheide, welches Bild du dem Anderen gegenüber darstellen willst. Drucks nicht rum, sondern entscheide, damit auch der Andere entscheiden kann, ob er deiner Ethik folgt. Die Kriterien deines Lebens sind nämlich die Filterkriterien des Anderen. Bilde deine Ethik also frei von Zwängen aus.

Der zweite Appell schließt daran an: Appelliere! Appelliere, denn dein Entscheiden nützt nicht nur als Filterkriterium, sondern auch als normativer Einfluss in der Welt. Deine Entscheidung macht die Realität des Anderen (sofern er das zulässt), reflektiert Gemeinschaft und beeinflusst Weltbilder. In jeder Entscheidung appellierst du, also Appelliere. (Wer hier eine Rekursion findet, darf sie behalten.)

Und als letztes, eine grobe, utopische Skizze, wohin das alles führen würde: Zu einer *Gesellschaft* (kann man das noch so sagen?) des Gebots. Meine Freiheit endet eben informationell nicht mehr an dort, wo die Freiheit des Anderen beginnt. Nein, meine und seine Freiheit sind unendlich. Verbote braucht es nicht mehr, denn so lange meine Filtersouveränität nicht eingeschränkt wird, schränkt der Andere nicht meine Freiheit ein. Seine Freiheit stärkt meine Freiheit, denn sie liefert mir im Zweifel die Kriterien für meine Filter, ihn auszublenden. Eine radikal segmentierte Gesellschaft wäre natürlich das Endprodukt. Davor wurde bereits viel gewarnt, ich jedoch ziehe eine radikal segmentierte Gesellschaft einer konformistischen Massengesellschaft vor. Vor allem weil es ja eben keine in sich abgeschlossenen Subkulturen sind, sondern offene Netzwerke, die

## 9 *Das radikale Recht des Anderen*

sich diffus überlappen. (Wir haben noch kein Denken (und keine Metaphern) für solcherlei Strukturen gefunden, denn unsere Ordnungstechniken erlauben uns nur in Behältnissen zu denken. Deswegen sind *Parallelgesellschaft* und *Echoraum* die falschen Metaphern und suggerieren die falschen Schlüsse. Nichts ist offener als ein Netzwerk. Aber: In einem Netzwerk gibt es keine objektive, holistisch-richtige Perspektive, sondern nur die des Anderen.)

# 10 Sollten Bildungsvisionäre vielleicht zum Arzt gehen?

*Oliver Tacke*

Zur Jahrtausendwende sind viele *Start-Ups* in der IT-Branche fulminant in die Pleite gegangen, weil sie außer Visionen nicht viel zu bieten hatten. Die haben die Leute zwar beeindruckt, aber mehr war damit auch nicht zu holen. In dieselbe Richtung stieß der frühere Bundeskanzler Helmut Schmidt bereits vor dreißig Jahren, als er den Satz prägte: „Wer Visionen hat, soll zum Arzt gehen.“ Das heißt nicht, dass man nicht über den Tellerrand schauen sollte; dass nicht Weitsicht und Vorstellungskraft gefragt sein können; dass man sich nicht über zukünftige Entwicklungen Gedanken machen müsste. Man sollte sich aber vor Luftschlössern fernab der Realität hüten, denn wie man tragfähige Vorstellungen von unbrauchbarem Unfug unterscheidet, ist völlig unklar. Sprechen wir also lieber von *kühnen Ideen*, und derlei gibt es im Bildungsbereich einige. Von verschiedenen Seiten plädiert man für selbstbestimmtes, gemeinsames oder partizipatives Lernen. Andere wünschen sich mehr Öffentlichkeit der Wissenschaft, um allen Zugang zum Wissen zu verschaffen. Und ohne digitale Medien sei richtige Bildung ja sowieso gar nicht denkbar.



## 10 Sollten Bildungsvisionäre vielleicht zum Arzt gehen?

Doch was davon sind tatsächlich sachlich fundierte Forderungen und was nur ideologisch begründete, nicht umsetzbare Utopien? Sollten die Bildungsvisionäre vielleicht zum Arzt gehen? Schauen wir uns doch einfach mal einige dieser Visionen, pardon, kühnen Ideen an deutschen Universitäten an und sehen nach, wie es in der Realität darum bestellt ist.

Vor ziemlich genau 200 Jahren haben die Herren Humboldt und Schleiermacher revolutionäre Gedanken in die Welt gesetzt: In Universitäten sollten die Studierenden nicht belehrt werden wie in der Schule, sondern aktiv an der Wissenschaft teilhaben und durch eigene Forschung lernen – wobei forschen und lernen für Humboldt sowieso ein- und dasselbe waren. Beide, Studierende wie Professoren, sollten im regen Austausch miteinander stehen und voneinander profitieren; die Studierenden von der Erfahrung der Professoren, und die Professoren von den frischen Ideen der Studierenden. Klassische *Win-Win*-Situation. Schöne Idee. Vor vierzig Jahren hat man dann in der Bundesassistentenkonferenz festgestellt, dass das immer noch nicht so ganz klappt, und man formalisierte die *Vision* im Konzept des *Forschenden Lernens*. Das lässt sich nicht ganz klar von anderen Lernformen trennen, aber der Pädagogikprofessor Ludwig Huber wagt den Versuch einer Definition: „Forschendes Lernen zeichnet sich vor anderen Lernformen dadurch aus, dass die Lernenden den Prozess eines Forschungsvorhabens, das auf die Gewinnung von auch für Dritte interessanten Erkenntnissen gerichtet ist, in seinen wesentlichen Phasen – von der Entwicklung der Fragen und Hypothesen über die Wahl und Ausführung der Methoden bis zur Prüfung und Darstellung der Ergebnisse in selbstständiger Arbeit oder in aktiver Mitarbeit in einem übergreifenden Projekt – (mit)gestalten, erfahren und reflektieren.“ Studierende sollen also eigene Forschungsfragen entwickeln und mit selbst gewählten

Methoden beantworten, und das idealerweise nicht allein, sondern gemeinsam mit anderen Studierenden und den Professoren in deren Projekten. Wer kennt so etwas an einer deutschen Universität? Kaum jemand. Noch immer verbringt man als Student den Großteil der Präsenzzeit in Frontalvorlesungen, in denen jemand vorne etwas erzählt, und alle anderen gefälligst kommentarlos das schlucken, was ihnen aufgetischt wird. In Seminaren sieht es oft nicht viel besser aus, nur dass jemand anderes die Welt erklärt. Warum ist das so?

Vorlesungen gab es vermutlich schon in den ersten Universitäten des Mittelalters. Der Professor las aus einem Buch vor und ergänzte die Ausführungen mit eigenen Kommentaren. Das war damals eine recht effektive Maßnahme, um an viele Menschen gleichzeitig wissenschaftliche Ergebnisse weiterzugeben, die in den Büchern konserviert waren. Der Buchdruck mit beweglichen Lettern wurde schließlich erst Mitte des 15. Jahrhunderts erfunden, und Bücher waren bis dahin für Normalbürger praktisch unbezahlbar, ganz anders als heute. Heute müsste man eigentlich nur einen ersten Überblick liefern, könnte tatsächlich das Lesen den Studierenden überlassen und in den Präsenzeranstaltungen lieber forschend lernen. Obwohl sich aber alle gerne auf Humboldt berufen, auf die Einheit von Forschung und Lehre, scheint sie immer noch nicht verwirklicht zu sein.

Nun sollte man jedoch nicht glauben, an allem seien die Dozenten schuld, nein! Die wenigsten Studierenden lesen nämlich etwas zur Voroder Nachbereitung. Und gibt man ihnen beispielsweise die Möglichkeit, selbst ein Thema für ihre Abschlussarbeit vorzuschlagen, ihren eigenen drängenden Fragen nachzugehen, also ihre ganz eigene Forschung zu

## 10 Sollten Bildungsvisionäre vielleicht zum Arzt gehen?

betreiben und dadurch etwas zu lernen, nutzt nur ein winziger Bruchteil diese Gelegenheit. Die meisten greifen bloß vorgefertigte Themen ab, die von irgendeinem Institut angeboten werden – und viele stellen dann fest, dass sie das doch nicht so interessiert. Möglicherweise ist das aber auch schlicht das Resultat der Lehre bis zu diesem Zeitpunkt, weil nie Beteiligung gefragt war. Forschendes Lernen? Im Rückblick auf die letzten 200 Jahre könnte man sagen: #fail. Also, ein 1:0 für einen fälligen Arztbesuch.

Tz, tz. Was für eine Idee! Durch Wissenschaft etwas lernen. Womöglich noch öffentlich?! Noch so eine *Vision*. Öffentliche Wissenschaft, also öffentlich forschen und lehren. Als Einheit. Forschung stellt man sich ja eher so vor: Ein kluger Mensch schließt sich für lange Zeit irgendwo ein, liest viele Bücher, denkt nach, arbeitet hart, und am Ende hat er eine neue Entdeckung gemacht. Ganz so ist es heutzutage nicht mehr, aber unüblich auch nicht. Man kennt das als Forschung im Elfenbeinturm. Von dem aus werden nach getaner Arbeit die Erkenntnisse in die Welt verteilt, zumeist aber so kompliziert geschrieben, dass nur Leute in anderen Elfenbeintürmen das auch verstehen. Fachbegriffe gehören durchaus zur Wissenschaft dazu, möglichst viele Fremdwörter, staubtrockene Sprache und lange komplizierte Schachtelsätze allerdings nicht. Goethe sagte einst dazu: „Die Deutschen, und sie nicht allein, besitzen die Gabe, die Wissenschaften unzugänglich zu machen.“ Und irgendwann hatten einige Leute die kühne Idee, daran etwas zu ändern. Öffentliche Wissenschaftler stellen ihre Forschung und Lehre zur Diskussion, und zwar nicht erst dann, wenn sie fertig sind, sondern von Anfang an. Sie tauschen sich mit jedem Interessierten über Ideen und Probleme aus, egal ob Professor, Student oder Praktiker, und sie sind offen für Anregungen und Kritik. Sie

tüfteln also nicht in Abgeschlossenheit, im Elfenbeinturm, sondern wünschen sich eine Bereicherung durch die Gedanken und Sichtweisen anderer. Jeder darf und soll also in gewisser Weise mitforschen und dadurch mitlernen, Schüler könnten schon früh für die Wissenschaft begeistert werden, Professoren bekämen wertvolle Praxiskontakte, und so weiter und so fort.

In Zeiten des Web 2.0 wäre das ein Leichtes, aber wie viele Wissenschaftler machen das? Sehr wenige. Versucht man es, wird man mitunter als *Populärwissenschaftler* belächelt, als jemand, der angeblich gar keine richtige Wissenschaft betreibt und nicht ernst genommen werden kann. Viele Skeptiker dürften auch fürchten, ihre Ideen könnten ihnen *gestohlen* werden, so dass jemand anderes daraus einen Aufsatz bastelt. Das ist im heutigen Wissenschaftsbetrieb ein nicht zu unterschätzendes Problem, weil man oft einzig an der Anzahl seiner Veröffentlichungen gemessen wird. Einigen Forschern dürfte eine Öffnung wiederum schlicht zu viel Aufwand sein, oder sie haben Angst davor, vor aller Welt auch mal einen Fehler zu machen oder nicht gleich druckreif zu schreiben. Eigentlich ist das ganz normal, aber solche Vorstellungen verhindern vieles. Es sieht somit auch nicht allzu gut aus für die Bildung durch öffentliche Wissenschaft.

Aber gehen wir mal weg von solch recht abstrakten Begriffen, schauen wir einmal in den Hörsaal. Dort gibt es immer wieder Bestrebungen, das gemeinsame Lernen zu fördern, weil das mehr bringe und auch Spaß mache. An der Uni haben wir schon selbst Erfahrungen damit in zeitgleich stattfindenden Seminaren gesammelt. In der einen Hälfte sollten Einzelarbeiten angefertigt werden, in der anderen Gruppenarbeiten. Ersten Wi-

## 10 Sollten Bildungsvisionäre vielleicht zum Arzt gehen?

derstand gab es schon bei der Anmeldung, bei der einige Studierende angaben, bitte unbedingt allein eine Seminararbeit anfertigen zu wollen. Grund dafür? Schlechte Erfahrungen mit *Teams*. Man fürchtet sich vor Schmarotzern und hat Angst um die eigene Note. Doch auch bei den anderen war es mit dem gemeinsamen Lernen nicht unbedingt so weit her. Zwar wurde eine gemeinsame Arbeit abgegeben, auf Nachfrage kam aber heraus, dass eigentlich nur jeder für sich seinen eigenen Teil bearbeitet hatte und am Ende die Teilstücke aneinander geklebt wurden. Scheint also auch problematisch zu sein.

Was gibt es denn noch im Supermarkt der Bildungsvisionen? Selbst... Lernen. Für die Pünktchen setze man *bestimmtes, gesteuertes* oder ähnliche Begriffe ein. Nehmen wir selbstbestimmtes Lernen unter die Lupe, also selbst bestimmen, was man wann, wo, wie und mit wem lernt. Das erinnert an das Forschende Lernen, hatten wir oben schon. Mit der Selbststeuerung scheint es aber zu haken, denn wieso sollte es sonst ein *Bullmielernen* geben? Das Semester über lernen Studierende auf Sparflamme, aber dann kommen urplötzlich die Klausuren. Kurz vorher werden wie wild Informationshäppchen konsumiert, um sie dann in einem großen Schwall, auf nimmer Wiedersehen, wieder abzuladen.

Und womöglich kommt noch jemand daher und fordert gar den Einsatz von SmartBoards, Wikis, Blogs und wer weiß was alles. Wer soll den ganzen Kram denn umsetzen? Eine befreundete Lehrerin habe ich zeitweise per E-Mail auf interessante Projekte aufmerksam machen wollen, mit denen sie ihren Unterricht hätte bereichern können. Irgendwann bekam ich dann den freundlichen Hinweis, dass sei alles ganz lieb gemeint, aber sie habe neben dem Schulalltag schlicht keine Zeit für so etwas.

Wer schon einmal selbst versucht hat, Unterricht gut vor- und nachzubereiten, der weiß auch, dass der Spruch von den *faulen Lehrersäcken* hier ins Leere läuft. Andererseits berichtete mir eine Kollegin aus dem Medienbereich, sie sei von Lehramtsstudierenden gefragt worden, wozu sie denn das Web 2.0 brauchen sollten – in der Schule würden sie doch später vor der Klasse stehen und alles erklären. Und Professoren? Das sind ausgezeichnete Forscher, aber die Lehre läuft schon mal einfach so nebenher. Eine didaktische Ausbildung haben die meisten ja nicht bekommen, und wenn doch, dann gewinnen sie damit in Berufungskommissionen keinen Blumentopf. Wenn man an die Tür des Kollegiums anklopft und um Einlass bittet, nutzt man besser die Sprache des Gastgebers. Und der spricht Forschung, nicht Lehre. Das System reproduziert sich also in weiten Teilen selbst, und Neuerungen haben es sehr schwer.

Das ist jetzt schon ein bisschen frustrierend, oder? Müssen die Bildungsvisionäre wirklich mal zum Arzt gehen? Es sieht fast so aus. Ich habe jetzt lang und breit über *kühne Ideen* geschrieben, aber letztlich habe ich nur die Probleme gesehen. Vielleicht setzen sich ja ab und an doch ein paar Sachen durch, und ich habe es gar nicht bemerkt? Gehen wir die einzelnen Bereiche einfach noch einmal kurz durch.

Natürlich ist die Uni ein System mit langer Tradition, und viele halten geradezu kultisch an der bestehenden Form fest. Es gibt aber auch viele Anzeichen dafür, dass gute Lehre an Bedeutung gewinnt. Gerade jüngere Wissenschaftler wollen sich nicht mit dem Bestehenden zufriedengeben, besuchen Didaktikfortbildungen und probieren *neue* Dinge aus, seien es Konzepte wie Lernen durch Lehren oder E-Learning. Immer mehr Berufungskommissionen fordern von Bewerbern auf eine Professur Portfo-

## 10 Sollten Bildungsvisionäre vielleicht zum Arzt gehen?

lios ein, die Erfahrung und Engagement in der Lehre belegen. Und auch an Schulen gibt es sehr viele spannende Sachen zu beobachten.

Dann hatten wir noch das selbst... Lernen. An Jenaplan-Schulen legen die Kinder nach einer Art Zielvereinbarung ihre Arbeitsvorhaben wochenweise selbst fest und dokumentieren ihre Fortschritte. Ein Lehrer berät sie dann regelmäßig, woran sie vielleicht noch arbeiten sollten. In Phasen des offenen Unterrichts wählen die Schüler sogar ihre Aufgabe selbst, bestimmen ihre Zeiteinteilung und ihre Arbeitspartner. Hier funktioniert selbstgesteuertes Lernen ganz ausgezeichnet. Geht also doch.

Und auch das gemeinsame forschende Lernen ist nicht ausgeschlossen. In einem meiner Seminare ließ ich die Möglichkeit offen, gruppenweise eigene Themen zu bearbeiten und die Methoden selbst zu wählen. Als mich dann eine Gruppe fragte, ob sie Experten zu einer speziellen Methode der Teamarbeit befragen dürfe, habe ich das natürlich unterstützt. Und als dieselbe Gruppe später fragte, ob sie die Methode im Rahmen einer Seminarsitzung mit den übrigen Teilnehmern ausprobieren dürfe, wurde auch das ermöglicht. Die Ergebnisse waren im Übrigen hervorragend. Forschendes Lernen erfordert zwar höheren Arbeitsaufwand beim Lehrenden als *normale* Seminare, aber die Resultate sprechen für sich.

Auch die öffentliche Wissenschaft trägt Früchte. Der Heidelberger Professor Christian Spannagel diskutiert Ideen zu seiner Forschung in seinem Blog und in einem öffentlichen Wiki. Darin ließ er im Rahmen eines Seminars von den Studierenden etwas Theorie zu einem Lehrkonzept ausarbeiten und berichtete darüber. Tatsächlich stießen ungeplant Leute von außen dazu und diskutierten mit, schließlich sogar eine Schulklasse. Ein

Referendar wurde auf das Lehrkonzept aufmerksam, probierte es in seinem Unterricht aus und stellte die Rückmeldungen wieder zur Verfügung. Ein solch motivierender und lehrreicher Austausch zwischen Theorie und Praxis wäre hinter verschlossenen Türen kaum denkbar gewesen.

Wir sehen, es gibt eine Menge Indizien dafür, dass die Bildungsvisionäre zum Arzt gehen sollten. Es gibt aber mindestens genauso viele Indizien, dass sie kerngesund sind. Was soll also diese ganze Diskussion? Sie hat dann ihren Zweck erfüllt, wenn deutlich wurde, dass zwar nicht alle kühnen Ideen immer umsetzbar sind, es aber auch nicht unbedingt schadet, wenn man sie mit Blick auf die Realität und die Bedürfnisse aller Beteiligten weiter verfolgt und dabei das Wichtigste jenseits von endlosen Debatten und nutzlosen Schuldzuweisungen nicht aus den Augen verliert: die Menschen. Dann klappt es vielleicht doch irgendwann.





# 11 Über die Freiheit, unfrei sein zu dürfen

*Marina Weisband*

Es begann auf der open mind 2010, jener bedenklichen Versammlung von Freibeutern und Seelenverwandten in Kassel, auf der darüber diskutiert wurde, wie wir uns die Zukunft vorstellen. Es würde den Artikel sprengen, die Veranstaltung in den Himmel zu loben, was sie zweifelsohne verdient hätte, weil ich selten so vielen intelligenten Ideen auf einmal begegnet bin.

Das Wort jenes Wochenendes war Freiheit. Das Wort *Freiheit* verwendet der Pirat etwa so oft, wie der durchschnittliche Deutsche das Wort *ich* verwendet. Einer der vielen Vorträge, die das Wort im Titel trugen, war der ausgezeichnete Beitrag von Pavel Mayer, mit dem Volltitel: „Freiheit in den Grundsatzprogrammen der etablierten Parteien und im Grundgesetz“. Hier stellte er die teilweise obszön-kontroversen Verschmelzungen dar, in denen der Wert *Freiheit* mit Werten wie *Sicherheit* in Grundsatzprogrammen anderer Parteien zu einem moralistischen Wortsalat zusammengepresst wurde. Der Teil des Vortrags, der meine Aufmerksamkeit am

## 11 Über die Freiheit, unfrei sein zu dürfen

meisten fesselte, war aber vor allem die Definition von Freiheit, oder deren Beschreibung an und für sich. „Freiheit“, so stellte Mayer sinngemäß heraus, „ist aber auch eine Pflicht, eine Verantwortung“.

Der Tenor der ganzen Veranstaltung war, dass die Piratenpartei in einer Gesellschaft leben will, in der jedes Individuum viel Freiheit besitzt; nämlich genau so viel, wie es die Freiheit der Anderen nicht beschneidet. Für diese Freiheit und ihre Grenzen muss jedes Individuum die Verantwortung tragen. Dafür muss es aufgeklärt, emanzipiert, gebildet sein. Nur so kann eine solche mündige Gesellschaft gewährleistet werden. Eine Gesellschaft also, in der wir nicht auf jemanden angewiesen sind, der die Verantwortung für uns trägt. Damit entfällt die Notwendigkeit von religiösen Oberhäuptern, einem starken Staat, einer aufgepropften Moral.

Und das passt gerade Piraten ganz gut in den Kram. Geistige Führung widerspricht dem mündigen, gebildeten und freien Bürger, den die Partei will – und aus denen sie besteht. Schon das Wort *klassische Werte* bekommt hier gleich einen verstaubten, negativ besetzten Klang. Man hängt ganz dem aufklärerischen Gedanken an, der einzige Wert ist der Mensch, und wie sein freier Wille ihn führt, so soll er leben. Die Erkenntnis soll die Wissenschaft sein. Die Piratenpartei beansprucht für sich gar oft, überhaupt ideologiefrei zu sein.

An dieser Stelle lehnte sich Julia Schramm ganz weit aus dem Fenster und hielt einen Vortrag mit dem Titel *Ideologie und Emanzipation*, der mit dieser Ideologiefreiheit etwas aufräumte. Haben wir wirklich keine Ideologie? Sollten wir auch wirklich keine haben? Das heute negativ besetzte Wort Ideologie, so geht aus ihrem Vortrag hervor, wechselte im 19. Jahrhundert den Glauben an Gott ab. Es war also etwas Neues, das eine

alte Funktion erfüllte: Den Menschen Halt geben. Und nun kommen die Piraten und sagen: Ihr braucht keinen Halt mehr. Seid frei.

Als Mayer seine Erläuterungen zu Freiheit und Verantwortung ausführte, stellte ich ihm öffentlich eine Frage: „Was ist mit den Menschen, die nicht frei sein wollen?“

Ich stellte mir meine eigene Großmutter vor, die in einigen Jahren vielleicht alt wird und dann in ihrem Wohnzimmer sitzt und fern sieht, wo man ihr sagt, dass sie mit ihrem Leben nun machen kann, was sie will. Was ist richtig? Was ist falsch? Vielleicht will sie dazu nicht alle erdenklichen Quellen konsumieren, bewerten, für sich in eine Reihenfolge legen und daraus Handlungsanweisungen ableiten? Vielleicht will sie einfach leben und diesen Halt in etwas haben. Vielleicht will sie die Verantwortung nicht tragen, die immer mit erhobenem Zeigefinger an die Freiheit geknüpft wird.

Letzlich – beschneiden wir, die die ultimative Freiheit fordern, nicht jene in ihrer Freiheit, die nicht frei sein wollen? Sollte nicht auch das eine individuelle Entscheidung sein? Ich frage, was die Piratenpartei den Menschen zu bieten hat, für die das Konzept von Freiheit nicht so verlockend ist.

Aus irgendeinem Grund ist der Wunsch nach absoluter Emanzipation als völlige Selbstverständlichkeit für jeden Menschen aufgestellt. Damit reißen wir aber Menschen aus einer gewissen Sicherheit und – naja, Freiheit von Verantwortung, die eine Gesellschaft so bieten kann.

Ich habe auf meine Frage die nachdenkliche Antwort bekommen, dass Religion solch ein Halt sein könnte. Freiwillige Religion, die nicht vom

## 11 *Über die Freiheit, unfrei sein zu dürfen*

Staat diktiert wird, die aber da ist, verfügbar, falls man heute mal nicht frei sein will. Das klingt tatsächlich sinnig. Die Frage ist, wie überzeugend eine Religion ist, die nicht mehr seit Kindesbeinen gelehrt wird. Das hieße ja, dass meine Großmutter wieder ins Internet gehen müsste und alles von Baptismus bis Buddhismus studieren müsste, sich dann das passende Modell aussucht und danach lebt. Denn wenn Religion in einer fernen, piratenutopischen Zukunft nicht mehr unfreiwillig gelehrt wird, steht die christliche Religion Deutschland ja nicht näher, als jede andere.

Was soll es überhaupt bedeuten, dass ich als Pirat ideologiefrei bin? Heißt das, dass ich also an keine Idee glauben soll? Aber ich glaube doch an Ideen! Ich glaube an die Idee der Freiheit, der Bildung, des Friedens. Ich glaube ja nicht nur daran, ich kämpfe dafür, ich arbeite mir den Hintern ab und tippe lange Artikel mitten in der Nacht. Ich gehe dafür auf die Straße. Ich habe bisher kaum jemanden gesehen, den kalte Wissenschaft auf die Straße getrieben hätte (Akademiker-Arbeitslosigkeit ausgenommen). Selbstverständlich haben wir eine Ideologie und ich gehe sogar so weit zu sagen, dass wir eine der ideologischsten Parteien sind; wir glauben fest an unsere Ideale.

In heimlicher Wirklichkeit sind das auch die Dinge, an denen wir uns festhalten. Wir halten uns daran fest bei bescheidenen Wahlergebnissen und bei internem Streit, bei durchgearbeiteten Nächten und in unserer eigenen Frage nach dem möglichen Sinn unseres Lebens.

Ich bin ja jemand, der zusätzlich noch an Gott glaubt. Wirklich so sehr, dass ich mir dauernd überlege, ob ich das Wort ausschreibe. Ja. Wirklich. Hier kann ich es ja mal sagen. Aber bitte sagt es nicht weiter, denn dafür werde ich häufiger mal ausgelacht in meiner Partei. Ich werde wirklich

oft, teils mit Abfälligkeit, gefragt, warum ich mich solchen überalteten Gesetzen füge, warum ich mein Leben von *jemandem* da oben bestimmen lasse. Warum ich das mache ist ja eine ganz andere Geschichte. Ich kann halt einfach nicht anders. Ich sehe mit meinen Augen und ich glaube mit meinem Herzen. Ich müsse größte Mühe aufwenden, um beides zu verhindern, und dann wäre es vielleicht auch nicht zielführend.

Dieser um sich greifende Nihilismus in der Piratenpartei, die gern alles empirisch hätte und nichts wirklich glauben will, ist zwar ein Werkzeug der Rationalisierung, aber sowohl für uns als auch für unsere Wähler gefährlich. Wir müssen unsere Gedanken auch darauf lenken, wie es Menschen geht, die von ihrer psychologischen Konstruktion her anders sind, als wir. Niemand wird mir doch widersprechen, dass es in unserer Wunschgesellschaft Werte gibt, die alle beachten sollen? Die Würde des Menschen, zum Beispiel. Gegenseitigen Respekt, oder zumindest freundliche Ignoranz. Und da wir uns Werte wünschen, sind wir in dieser Funktion eben auch nicht anders als zum Beispiel die Kirche. Werden wir Bürgern deshalb sagen, wie sie sich zu verhalten oder an was sie zu glauben haben? Nein. Aber werden wir sie aus der Knechtschaft ihres Glaubens befreien? Ich würde zwei mal darüber nachdenken.



# Über die Autoren

## Jürgen Ertelt

\*1957, Sozial- und Medienpädagoge, arbeitet als Koordinator im Projekt Jugend online bei IJAB, einer Fachstelle für internationale Jugendarbeit, in Bonn. Dort ist er unter anderem für das Netzwerk *netzcheckers.net* verantwortlich.

Als Webarchitekt und Autor entwirft er Community-Software für den Einsatz in pädagogische Arbeit. Zur Zeit arbeitet er an Angeboten im Bereich mobiles Lernen mit digitalen Medien. Jürgen Ertelt ist seit mehr als 25 Jahren medienpädagogisch aktiv. Er war u.a. in den Projekten *Konnect* der Akademie Remscheid und *Webmobil* des JFC Medienzentrums Köln tätig. Er ist Mitglied in der GMK und im Trägerverein des JFF, medienpolitisch engagiert er sich in der Piratenpartei.

Jürgen Ertelt ist Redaktionsmitglied der Zeitschrift *Medien und Erziehung*, verschiedene weitere Veröffentlichungen finden sich unter anderem beim Kopaed-Verlag.



## Martin Haase

Martin Haase (\* 25. Oktober 1962 in Dortmund) ist ein deutscher Romanist und Linguist.

Haase absolvierte 1982 sein Abitur am Helene-Lange-Gymnasium in Dortmund-Hombruch. Bis 1988 studierte er in Toulouse und Köln allgemeine Sprachwissenschaft, Romanistik und historisch-vergleichende Sprachwissenschaft. Anschließend schrieb er seine Doktorarbeit über Sprachkontakt und Sprachwandel im Baskenland. Die Einflüsse des Gaskognischen und Französischen auf das Baskische (Promotion 1991).

Nach einem Aufenthalt an der Universität Hamburg wurde Haase im Jahre 1992 Assistent an der Universität Osnabrück. 1997 habilitierte er sich mit einer Arbeit zum Thema Dialektdynamik in Mittelitalien. Sprachveränderungsprozesse im umbrischen Apenninenraum. Anschließend nahm er Vertretungsprofessuren an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg sowie an der Freien und der Technischen Universität Berlin wahr.

Im Jahre 2001 wurde er auf eine Professur an der Universität Bremen berufen. Schon im folgenden Jahr wechselte er auf einen Lehrstuhl für romanische Sprachwissenschaft an der Universität Bamberg, wo er seitdem lehrt. Haase engagiert sich für Open-Source- und Open-Content-Projekte.

Er ist ein Autor in der Wikipedia und war bis zur Mitgliederversammlung am 1. Juli 2007 Beisitzer im Vorstand des Wikimedia Deutschland e. V., er kandidierte nicht für eine Wiederwahl. Als Schüler lernte Haase Esperanto. Er engagierte sich in der Deutschen Esperanto-Jugend und war von 1988 bis 1990 ihr Bundesvorsitzender. Heute ist er Direktor des Deutschen

Esperanto-Instituts und assoziiertes Mitglied der Internationalen Akademie der Wissenschaften San Marino, deren Hauptarbeitssprache Esperanto ist. Haase spricht zahlreiche Sprachen, darunter eher seltene wie Okzitanisch oder Baskisch.

Seit dem 18. Januar 2009 ist Haase „ERFA-Repräsentant“ im Vorstand des Chaos Computer Clubs und seit dem 8. Juni 2009 Mitglied in der Piratenpartei. (Quelle: Wikipedia)

## Christian Heller

\*1984, Berlin. Hat dort einige Semester Filmwissenschaft und Philosophie studiert. Ist als Hypertexter zu Themen der Netzkultur und -politik, Zukunftsspekulation und Filmkritik publizistisch im Web aktiv, neben seinen eigenen Seiten u.a. schon für *carta.info*, *taz.de* und *Freitag.de*.

Er experimentiert mit digitalen Identitäten und Geistes-Auslagerung in IT, beschäftigt sich mit westlicher Kultur-Geschichte und mit Memen im Internet. Er war u. a. Redner beim Chaos Communication Congress, der LIFT, der Transmediale, der re:publica, der SIGINT, der Paraflows. Heller arbeitet auch an Seminaren fürs DGB Bildungswerk. Mitbegründer der DIY-Plattform *bausteln.de* und der Coworking-Plattform *hallenprojekt.de*. Im Herbst 2011 erscheint von ihm im Verlag *C.H. Beck* das Buch *Post-Privacy. Prima leben ohne Privatsphäre*.

## Sebastian Leibert

\*1980, arbeitet als Softwareentwickler bei Ubilabs in Hamburg. Dort ist er an der Entwicklung Ortsbezogener Anwendungen und Plattformen beteiligt. Sebastian Leibert engagiert sich in der Piratenpartei und betreibt das Blog [closedgermany.de](http://closedgermany.de).

## Peter Plöger

Dr. Peter Plöger ist seit 2005 freiberuflicher Autor. Er ist ehemaliges Vorstandsmitglied der Vereinigung für Ökologische Ökonomie. Momentan macht er eine zusätzliche Ausbildung zum *Lösungsfokussierten Berater* und Therapeuten.

2010 erschien sein Sachbuch *Arbeitsammler, Jobnomaden und Berufsartisten*. Im September 2011 erscheint *Einfach ein gutes Leben – Aufbruch in eine andere Gesellschaft* (beide im Verlag Carl Hanser).

## Jens-Wolfhard Schicke

\*1987 ist Programmierer, Pirat, wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Technischen Universität Braunschweig und Firmengründer (ungefähr in dieser Reihenfolge).

## **Julia Schramm**

Julia Schramm, \*1985, ist Politologin und Bloggerin. Außerdem Mitbegründerin der datenschutzkritischen Spackeria. Zudem wohl ein Digital Native, was aber eher an ihrem Alter liegt. Sie hat Politik in Bonn studiert und sich vor allem mit Ordnungsprinzipien, deutscher Geschichte, Zeitgeschichte, Verfassungsgeschichte, Totalitarismus und Außen- und Sicherheitspolitik beschäftigt. Sie schreibt gerade ein Buch über die Irren und Wirren eines Digital Natives und plant ihre Doktorarbeit im Spannungsfeld von Politik, Internet und Immaterialgütern.

## **Christian „NineBerry“ Schwarz**

\*1978, Software-Entwickler, engagiert sich seit 2009 politisch in der Piratenpartei Deutschland und hier vor allem in gesellschaftspolitischen Fragen.

## **Michael Seemann**

\*1977, studierte Angewandte Kulturwissenschaft in Lüneburg. Seitdem arbeitet er an seiner Doktorarbeit über philosophische Theorien des Archivs und ist seit 2005 mit verschiedenen Projekten im Internet aktiv. Er gründete [twitkrit.de](http://twitkrit.de) und die Twitterlesung, organisierte verschiedene Veranstaltungen und betreibt den Podcast [wir.muessenreden.de](http://wir.muessenreden.de). Vor einem Jahr begann er das Blog CTRL-Verlust zuerst bei der FAZ, seit September auf ei-

gene Faust, in dem er den fortschreitenden Verlust der Kontrolle über die Daten im Internet schreibt. Normal bloggt er unter msp0.de und schreibt unregelmäßig für verschiedene Medien wie RollingStone, ZEIT Online, c't und das DU Magazin.

## **Oliver Tacke**

\*1979, Wirtschaftsinformatiker, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Organisation und Führung der Technischen Universität Braunschweig und Mathematikstudent an der FernUniversität Hagen. Er versteht sich als öffentlicher Wissenschaftler und beschäftigt sich in seiner entstehenden Doktorarbeit mit der Frage, ob und wie das didaktische Konzept *Lernen durch Lehren (LdL)* in der betrieblichen Weiterbildung sinnvoll eingesetzt werden kann. Darüber hinaus engagiert er sich in der Lehre und erprobt beispielsweise öffentliche Seminare in Wikis. Sofern seine Zeit es zulässt, übt sich der Amiga-Nutzer und begeisterte Cineast in Go und Karate. Der vorliegende Beitrag ist nicht im Rahmen seiner beruflichen Tätigkeit entstanden, sondern privat.

## **Marina Weisband**

\*1987, Psychologie-Studentin, beschäftigt sich aber heimlich halbprofessionell mit Kunst, Schauspielerei und Politik. Sie wohnt in Münster, wo sie die meiste Zeit mit einem Laptop im Café sitzt, um das Klischee zu wahren. Aktuell ist sie politische Geschäftsführerin der Piratenpartei. Sie trinkt

ihren Kaffee mit vier Stück Süßstoff und halber Tasse Milch. An Freitagen ist sie immer in der Synagoge. Außer manchmal, dann nicht. Man hat sie auch schonmal russisch sprechen hören.



# Rechtliche Hinweise

- Der Beitrag *Vernetzte Bildung braucht Freiheit* von Jürgen Ertels steht unter einer *Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 3.0 Deutschland Lizenz*<sup>1</sup> und darf unter den dort festgelegten Bedingungen frei verwendet werden.
- Der Beitrag *Freiheit* von Martin Haase steht unter einer *Creative Commons Namensnennung 3.0 Deutschland Lizenz*<sup>2</sup> und darf unter den dort festgelegten Bedingungen frei verwendet werden.
- Die Autorenbeschreibung zu Martin Haase ist der deutschen Wikipedia entlehnt.<sup>3</sup>
- Der Beitrag *Ein paar Punkte zur Post-Privacy* von Christian Heller steht unter einer *Creative Commons Namensnennung 3.0 Deutschland Lizenz*<sup>4</sup> und darf unter den dort festgelegten Bedingungen frei verwendet werden.
- Der Beitrag *Individualismus, Kollektivismus und Netzkultur* von Sebastian Leibert steht unter einer *Creative Commons Namensnennung*

---

<sup>1</sup> <http://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/de/>

<sup>2</sup> <http://creativecommons.org/licenses/by/3.0/de/>

<sup>3</sup> [http://de.wikipedia.org/wiki/Martin\\_Haase](http://de.wikipedia.org/wiki/Martin_Haase)

<sup>4</sup> <http://creativecommons.org/licenses/by/3.0/de/>



## 11 Über die Freiheit, unfrei sein zu dürfen

*3.0 Deutschland Lizenz*<sup>5</sup> und darf unter den dort festgelegten Bedingungen frei verwendet werden.

- Der Beitrag *Welche Arbeit darf's denn sein?* von Peter Plöger steht unter einer *Creative Commons Namensnennung 3.0 Deutschland Lizenz*<sup>6</sup> und darf unter den dort festgelegten Bedingungen frei verwendet werden.
- Der Beitrag *Prediction Markets* von Jens-Wolfhard Schicke steht unter einer *DWTFYWT-Public-License*<sup>7</sup> und darf unter den dort festgelegten Bedingungen frei verwendet werden.
- Der Beitrag *Ideologie und Emanzipation* von Julia Schramm steht unter einer *Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 3.0 Deutschland Lizenz*<sup>8</sup> und darf unter den dort festgelegten Bedingungen frei verwendet werden.
- Der Beitrag *Stadt, Land, Datenschutz* von Christian Schwarz steht unter einer *Creative Commons Namensnennung 3.0 Deutschland Lizenz*<sup>9</sup> und darf unter den dort festgelegten Bedingungen frei verwendet werden.
- Der Beitrag *Das radikale Recht des Anderen* von Michael Seemann steht unter einer *Creative Commons Namensnennung 3.0 Deutschland Lizenz*<sup>10</sup> und darf unter den dort festgelegten Bedingungen frei verwendet werden.

---

<sup>5</sup> <http://creativecommons.org/licenses/by/3.0/de/>

<sup>6</sup> <http://creativecommons.org/licenses/by/3.0/de/>

<sup>7</sup> <http://sam.zoy.org/wtfpl/COPYING>

<sup>8</sup> <http://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/de/>

<sup>9</sup> <http://creativecommons.org/licenses/by/3.0/de/>

<sup>10</sup> <http://creativecommons.org/licenses/by/3.0/de/>

- Der Beitrag *Sollten Bildungsvisionäre vielleicht zum Arzt gehen* von Oliver Tacke steht unter einer *Creative Commons Namensnennung 3.0 Deutschland Lizenz*<sup>11</sup> und darf unter den dort festgelegten Bedingungen frei verwendet werden.
- Der Beitrag *Über die Freiheit, unfrei sein zu dürfen* von Marina Weisband steht unter einer *Creative Commons Namensnennung 3.0 Deutschland Lizenz*<sup>12</sup> und darf unter den dort festgelegten Bedingungen frei verwendet werden.

---

<sup>11</sup> <http://creativecommons.org/licenses/by/3.0/de/>

<sup>12</sup> <http://creativecommons.org/licenses/by/3.0/de/>

